

# DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG  
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE  
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Jüdisches Leben in Gefahr?  
Antisemitismus in Deutschland und Europa«  
am 15. November 2023



**Sächsischer Landtag**



# DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG  
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE  
IM STÄNDEHAUS

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Jüdisches Leben in Gefahr?  
Antisemitismus in Deutschland und Europa«  
am 15. November 2023



Vortrag von  
Prof. Dr. Michael Wolffsohn,  
Historiker und Publizist

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

# Inhalt

## Impressum

Herausgeber:  
Sächsischer Landtag  
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten  
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten  
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.:  
Ivo Klatte, Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Redakteur:  
Dr. Thomas Schubert,  
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Fotos:  
Thomas Schlorke  
Fritz-Reuter-Straße 6  
01097 Dresden

Gestaltung, Satz:  
Ö GRAFIK agentur für marketing und design  
Tauscherstraße 44  
01277 Dresden

Druck:  
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Diese Publikation wird im Rahmen der  
Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landtags  
kostenfrei an Interessierte abgegeben.

**»Entschiedenenes Vorgehen gegen  
Antisemitismus nötig«**  
Eröffnungsansprache von  
Dr. Matthias Rößler,  
Präsident des Sächsischen Landtags. . . 6

**»Die drei Hauptquellen des  
Antisemitismus«**  
Vortrag von  
Prof. Dr. Michael Wolffsohn,  
Historiker und Publizist . . . . . 10

**Vorstellung der  
Podiumsteilnehmer . . . . . 18**

**Podiumsdiskussion . . . . . 22**



## »Entschiedenenes Vorgehen gegen Antisemitismus nötig«

### Eröffnungsansprache von Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
lieber Ministerpräsident a.D.  
Stanislaw Tillich, verehrte Abgeordnete,  
Frau Staatssekretärin,  
Herr Landespolizeipräsident,  
verehrte Vertreterinnen und Vertreter  
der Jüdischen Gemeinden,  
hochverehrter Herr Professor Wolffsohn,

ich freue mich, dass Sie alle meiner  
Einladung zum 15. Dresdner Gesprächs-  
kreis im Ständehaus gefolgt sind.

Gemeinsam mit meinem Freund  
Mordechai Lewy veranstalteten wir hier  
vor genau 10 Jahren einen Gesprächs-  
kreis zum »Umbruch des jüdischen  
Lebens in Deutschland nach der Wieder-  
vereinigung«. Ich erinnere mich an eine  
spannende Diskussion über die neue  
Vielfalt jüdischen Lebens in Deutsch-  
land. Heinz-Joachim Aris bezeichnete  
das jüdische Leben hier in Sachsen  
»im positiven Sinne als heftig«.

Mit von der Partie war auch der  
damalige Botschafter Israels Yakov

Hadas-Handelsman. Auf Ihre abschlie-  
ßende Frage hin, liebe Frau Gerlach, ob  
er im Alltag Antisemitismus in Deutsch-  
land erlebe, antwortete er mit »Nein«.  
Die Zahl antisemitischer Übergriffe  
sei in Deutschland relativ klein im Ver-  
gleich mit anderen Teilen Europas.

Insgesamt, so war mein damaliger Ein-  
druck, herrschte vor zehn Jahren in der  
Jüdischen Gemeinde Optimismus vor.  
In Deutschland gab es wieder ein selbst-  
bewusstes und international anerkanntes  
Judentum, obgleich schon anklang,  
dass gewisse Gefährdungen aus der  
Gesellschaft wahrgenommen wurden.

Unser heutiger Gesprächskreis, meine  
Damen und Herren, findet am selben Ort  
statt, steht aber in einem gewandelten  
Kontext, mit geradezu bestürzender  
Aktualität. Jüdisches Leben ist heute in  
Deutschland weit entfernt davon, sicher  
und unbekümmert sein zu können. Für  
viele verwandelten sich in den vergan-  
genen Wochen schlimmste Ängste in  
Realität.

Wir alle wurden am 7. Oktober 2023  
Zeugen des brutalen Massenmordes in  
Israel durch die islamistische Terror-  
organisation HAMAS. Seit dem Holocaust  
wurden nicht mehr so viele Jüdinnen  
und Juden an einem Tag getötet wie bei  
diesen Angriffen. Die Islamisten sandten  
eine genozidale Botschaft. Zudem  
wurden hunderte Menschen von der  
HAMAS als Geiseln entführt.

Einerseits löste dieser Terror weltweite  
Solidaritätsbekundungen mit Israel und  
dem jüdischen Volk aus. Auch der  
Sächsische Landtag und die sächsische  
Staatsregierung haben sie auf das  
Schärfste verurteilt und sich unverbrüch-  
lich an die Seite Israels, an die Seite  
des jüdischen Volkes gestellt. Die Flagge  
Israels weht vor dem Haus. Auch die  
Bürgergesellschaft zeigt im Freistaat  
Sachsen tatkräftige Solidarität.

Andererseits folgte eine globale Welle an  
pro-palästinensischen, zu großen Teilen  
dezidiert antisemitischen Demonstra-  
tionen. Ob London, New York, Sydney



oder Berlin: Islamisten sprechen Israel offen und – was schlimmer ist – oft ungehindert das Existenzrecht ab und propagieren antisemitische Slogans. Fanatisch aufgehetzte Mobs laufen ungehindert durch deutsche Straßen und fordern das Kalifat. Einige feiern in ihrem Judenhass das Massaker in Israel. Insbesondere der islamisch geprägte Antisemitismus und die eingewanderte Judenfeindschaft, der von Seiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft viel zu oft mit falscher Toleranz oder sogar mit Ignoranz begegnet wurde und wird, erwachsen zur gesellschaftlichen Gefahr.

Es ist, wie Josef Schuster am 9. November sagte, »etwas aus den Fugen geraten in diesem Land«.

Antisemitismus lässt auch im 21. Jahrhundert nicht von uns ab. Nicht nur in vielen muslimischen Staaten ist der Judenhass tief verwurzelt. Nahezu täglich erleben auch Jüdinnen und Juden in Deutschland und in Europa antijüdische Hetze. Es kommt zu tätlichen Angriffen und mitunter zu massiven Gewalttaten. Ob Frankreich, Belgien oder Dänemark, antijüdischer Terror kann in Europa jederzeit an

jedem Ort geschehen. Der rechtsextremistische Anschlag an Jom Kippur 2019 auf die jüdische Gemeinde in Halle (Saale), bei dem zwei Unbeteiligte starben, war für uns eine Zäsur.

Nicht nur unter politischen Extremisten oder radikalen Muslimen gibt es Judenfeindschaft. Vielmehr sind antijüdische Ressentiments und eine antizionistische Aggressivität auch in den europäischen Gesellschaften erschreckend weit verbreitet. Das zeigen immer wieder sozialwissenschaftliche Studien.



All diese Befunde haben eine bittere Konsequenz. Jüdinnen und Juden leben heute in Teilen von Deutschland und Europa wieder in Angst. Sie verbergen ihr Judentum in der Öffentlichkeit.

Das alles, meine Damen und Herren, ist langhin bekannt und es beschämt mich nicht zuletzt deshalb zutiefst. Nicht nur mein öffentlicher Appell, mein ganzes politisches Wirken ist hier eindeutig: Gehen wir als Demokraten dagegen vor – wo und wie es nur geht!

Das Jüdische Leben in Deutschland muss sicher sein. Hier dürfen wir nicht lockerlassen! Nicht die Sicherheitsbehörden, nicht die Justiz, nicht die Bürgergesellschaft! Schon gar nicht dürfen die politisch Verantwortlichen die Augen vor Fehlentwicklungen verschließen. Haltung und Konsequenz sind hier gefragt, keine Halbherzigkeiten oder Beschwichtigungen.

Ich empfinde es daher als sehr wichtig und richtig, dass im Freistaat Sachsen die Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen nach dem 7. Oktober

umgehend erhöht wurden und sich das Sächsische Kabinett unlängst mit Vertreterinnen und Vertretern der Jüdischen Gemeinden in Sachsen zu einem Gespräch getroffen hat. Thomas Feist, der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben, ist heute mit im Podium und er kann uns nachher sicherlich mehr sagen.

Die französische Auschwitz-Überlebende Marceline Loridan-Ivens schrieb 2015 einen Satz, den ich gern zitieren möchte: »Ich weiß jetzt, dass der Antisemitismus eine feste Größe ist, dass er mit den

Stürmen der Welt, den Worten, den Ungeheuern und den Mitteln jeder Epoche in Wellen heranrollt.«

Eine neue Welle rollt. Mit den Worten, den Ungeheuern und den Mitteln unserer Epoche. Errichten wir standhafte Wellenbrecher! Seien wir Wellenbrecher!

Verehrte Gäste, unser Thema »Jüdisches Leben in Gefahr? Antisemitismus in Deutschland und Europa« ist leider von höchster Aktualität. Wie gehen wir mit dem ewigen Wiedergänger Antisemitismus, wie mit dem wachsenden Judenhass um? Ist unser Rechtsstaat im Kampf gegen Antisemitismus entschieden genug? Ist Deutschland für Jüdinnen und Juden heute wieder »Angstland«?

Über all das und vieles mehr wollen wir heute Abend nachdenken. Unsere Gäste wird Ihnen später unsere Moderatorin Alexandra Gerlach kurz vorstellen. Liebe Frau Gerlach, vielen Dank, dass Sie uns heute wieder unterstützen!

Bevor es losgeht, möchte ich noch den heutigen Referenten, Herrn Prof. Dr. Michael Wolffsohn, vorstellen. Ehrlich gesagt weiß ich jedoch nicht, wo ich da anfangen und wo aufhören soll.

Er schreibt über sich: »Am Tag meiner Geburt war ich Palästinenser. [...] Am Vorabend meines ersten Geburtstags wurde ich Israeli. [...] Sechs Tage nach

meinem zweiten Geburtstag wurde ich ›Volksdeutscher‹. [...] Schon mit sechs Jahren war ich ein ›deutsch-jüdischer Patriot‹. [...] 1982 gab ich meine israelische Staatsbürgerschaft auf.«

Das ist die stark verkürzte Version seiner Lebensgeografie, entnommen aus seiner Familienbiografie »Deutsch-jüdische Glückskinder«. Ein sehr lesenswertes Buch, das ich jedem wärmstens ans Herz lege.

Die jüdische Familie Wolffsohn floh 1939 aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Britisch-Palästina, und kehrte 1954 nach Berlin zurück. Geboren 1947 in Tel Aviv und aufgewachsen in Berlin, führte Michael Wolffsohns Weg knapp vorbei am Rabbinertum hin zu einer glänzenden Karriere als Wissenschaftler. Er studierte an internationalen Universitäten Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Von 1981 bis 2012 wirkte er als Professor für Neuere Geschichte und Geschichte der Internationalen Beziehungen an der Bundeswehrhochschule in München.

Mit Michael Wolffsohn haben wir heute einen der prominentesten deutschen Zeithistoriker zu Gast, vielfach geehrt in Wissenschaft und Gesellschaft. Er hat über 30 Bücher verfasst. Der Bogen seines Schaffens spannt sich von der Politik der Arbeitsbeschaffung im

Deutschland der 1930er-Jahre über die Geschichte Israels und des Nahostkonflikts, die deutsch-israelischen Beziehungen, die deutsch-jüdische Geschichte, Fragen von Staat, Freiheit und Gesellschaft bis hin zu der bereits erwähnten »Weltgeschichte seiner Familie«.

Er war und ist medial omnipräsent, beteiligt sich seit Jahrzehnten mit Wirkung an der öffentlichen Debatte, schreibt allen Seiten regelmäßig etwas ins Stammbuch. Sie stechen ab und an ins Wespennest, liefern Denkanstöße! Ich erwähne nur Ihren Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zur deutschen Erinnerungskultur Anfang dieses Jahres. Der saß!

Michael Wolffsohn ist streitbar, von festem Standpunkt, jemand der sich bekennt, auch einmal jenseits des Mainstreams, unbequem, dennoch immer liberal denkend, unbeirrt auf der Seite der menschlichen Freiheit und Würde stehend.

Lieber Michael Wolffsohn, ich freue mich, dass Sie in dieser für Sie sicherlich sehr herausfordernden Zeit zu uns nach Dresden gekommen sind und bitte Sie um Ihre Gedanken zum Thema.

Vielen Dank.

## »Die drei Hauptquellen des Antisemitismus«

Vortrag von Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Historiker und Publizist

Verehrter, lieber Herr Rößler,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin jetzt errötet und ringe um Worte, was etwas heißen will. Wir kennen uns schon recht lange, und dass Sie dieses sehr aktuelle Thema jetzt aufgreifen, ist kein Zufall. Denn als Minister haben Sie nicht zuletzt in Sachsen das Simon-Dubnow-Institut gegründet, eines der wirklich auch international herausragenden Institute zur Erforschung jüdischer Geschichte und Kultur.

Damit sind wir eigentlich schon mittendrin, jenseits unserer wechselseitigen Freundlichkeiten und aufrichtigen Wertschätzung, mitten im Thema. Es ist nicht zuletzt auch im Freistaat Sachsen sehr viel in Bildung über das Judentum im besten Sinne des Wortes investiert worden. In der Mikrowelt der Wissenschaft und derer, die es wissen wollen, ist auch dadurch sehr viel erreicht worden. Wenn wir aber auf die Makroebene schauen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und welt

weit, kann man eigentlich verzweifeln. Denn trotz intensiver Bemühungen – und an denen fehlte es nicht – ist auf der gesamteuropäischen Ebene diesbezüglich nur eine negative Bilanz zu ziehen.

Das heißt, wir müssen uns grundsätzlich überlegen, ob das, was sozusagen axiomatisch in der Debatte über die Bekämpfung von Vorurteilen, Hass im Allgemeinen und Judenhass im Besonderen, gesagt und gefordert wird, tatsächlich eines der wichtigsten Mittel ist: nämlich Bildung, politische Bildung, historische Bildung, kulturelle Bildung. Es wird Sie nicht wundern, dass ich als – zwar verrenteter – Hochschullehrer natürlich für Bildung in jeder Hinsicht plädiere. Aber wer meint, dass die Bildung tatsächlich auch die notwendige Herzensbildung befördert, ist bestenfalls skeptisch.

Wenn wir uns die politische Rolle von Bildungseliten nicht nur in Deutschland anschauen, dann ist das Ergebnis eigentlich niederschmetternd. Ich muss nicht

nur auf die verheerende Rolle der deutschen Hochschullehrer nach den halbwegs letzten freien Wahlen am 5. März 1933 hinweisen, als die deutschen Professoren scharenweise umfielen und »Märzgefallene« wurden. Sondern schauen Sie sich auch jetzt an, unmittelbar für jedermann sichtbar, was nach dem 7. Oktober dieses Jahres weltweit an den Universitäten passiert. Selbst an den amerikanischen Eliteuniversitäten, die einstmals als Hochburgen der »jüdischen Bourgeoisie« galten und soziologisch immer noch sind, sehen wir die wildesten antiisraelischen und antijüdischen Proteste, bis hin zu körperlicher Gewalt, die von Studenten an Studenten oder teilweise auch von Professoren an Professoren ausgeübt werden.

Ich sage das nicht, um in irgendeiner Weise zu appellieren, weniger Bildung zu betreiben, ganz im Gegenteil. Aber wenn wir denken, dass das das Allheilmittel wäre, so irren wir. Und wenn wir die Soziologie der Judenretter im Dritten Reich betrachten, dann schneidet das



Bildungsbürgertum verdammt schlecht ab. Es waren die sogenannten kleinen Leute, die Großartiges geleistet haben, die Herzensbildung zeigten, ohne dass sie gebildet waren.

Sie haben völlig zu Recht auf die unterschiedlichen Situationen vor zehn Jahren und heute hingewiesen, verehrter Herr Rößler. Aber da möchte ich doch, weil wir natürlich alle von den gegenwärtigen Ereignissen total niedergeschlagen sind, eine breitere Perspektive erwähnen. Und da ist Frankreich sehr viel mehr als Deutschland in einer Vorreiterposition.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Vom Jahr 2000 bis heute sind ungefähr je nach Zahlenangaben 10 bis 15 Prozent der französischen Juden ausgewandert. Am Anfang des Jahrtausends, also im Jahr 2000, gab es rund 500.000 Juden in Frankreich. Heute sind es 420.000, die in den Gemeinden registriert sind. Wahrscheinlich ist die Dunkelziffer noch höher, aber ungefähr 80.000 sind ausgewandert.

Wohin sind Sie ausgewandert? Die sind mehrheitlich nach Israel ausgewandert oder haben sowohl in Frankreich ihre

Wohnung oder ihr Haus behalten sowie in Israel eine Wohnung oder ein Haus. Und warum ist das geschehen? Weil die antijüdische, verbale und sehr häufig und häufiger als in Deutschland die körperliche Gewalt bis hin zu Ermordungen von Juden in Frankreich seit dieser Zeit massiv zugenommen hat.

Das ist, wenn Sie die gesamte jüdische Geschichte betrachten, ein Lei(d)tmotiv, also ein Leid- und ein Leitmotiv jüdischer Geschichte. Denn jüdisches Leben war, ist und ich fürchte bleibt Existenz auf Widerruf. »Es gibt nichts Neues unter

der Sonne.« (Prediger Salomo). Die Antisemiten sagen, es läge an den Juden. Wir Juden sehen das natürlich anders, und ich glaube, dass unsere Sicht in diesem Fall die richtigere ist. Wie auch immer, es ist jedenfalls nichts Neues.

Es gibt zwei Arten der Antisemitismen. Den einen, den man am besten als diskriminatorisch zusammenfasst, den

diskriminatorischen Antisemitismus, und den anderen, den liquidatorischen Antisemitismus. Der diskriminatorische Antisemitismus ist alles andere als angenehm. Aber wir Juden haben uns daran gewöhnt, damit zu leben. Wir nennen ihn ironisch auf Jiddisch den guten alten »Risches«, hergeleitet vom hebräischen Wort für das Böse. Also mit dem guten alten Bösen sind wir ver

traut. Das ist nicht erfreulich, aber wir haben unsere Überlebensmechanismen darauf eingerichtet.

Nicht zuletzt dadurch, dass die jüdische Gemeinschaft seit 2500 Jahren eine in die Breite und in die Tiefe gehende Bildungstradition hat. Und Bildung ist sozusagen die beste Voraussetzung, um (a) in einer notwendigerweise



mobilen Lebensweise (weil Vertreibung) zu reüssieren und (b) um verschiedene Einsatzmöglichkeiten und damit auch Erfolgsmöglichkeiten zu haben. Also ohne jetzt sozialdarwinistische Faktoren als Erklärung einzubauen, ist sozusagen die Überlebensherausforderung aus der nichtjüdischen Welt für die jüdische Welt das Stählen des jüdischen Überlebenswillens und der jüdischen Überlebensfähigkeit gewesen.

Hingegen ist die Liquidierung, das heißt die Ermordung und die vielfache Ermordung, nicht überlebensfähig. Und trotzdem hat das jüdische Kollektiv seit wohlgermerkt 3000 Jahren überlebt, und wir werden auch diese diskriminatorische und in Teilen auch liquidatorische Welle überstehen.

Ich komme zum zweiten Punkt meines Kurzvortrags, nämlich den Hauptquellen des gegenwärtigen Antisemitismus. Wobei klügelnd, also nicht klug, sondern klügelnd, immer wieder behauptet wird, dass Antisemitismus von Antiisraelismus gleich Antizionismus zu unterscheiden wäre. »Wäre«, nicht »ist«, also Konjunktiv unrealis, der Konjunktiv des nicht Wirklichen. Die Erklärung ist ganz einfach: Warum ist Antiisraelismus zugleich Antisemitismus?

Israel ist, das zionistische Versprechen einlösend, ein sicherer Zufluchtsort für Juden aus aller Welt. Nun werden Sie

sagen: Bist du verrückt geworden? Der 7. Oktober 2023 – sichere Zuflucht? Ja! Aber warum? Die sichere Zuflucht als Versprechen, als eingelöstes Versprechen des Zionismus bezieht sich auf die innere Sicherheit der Juden. Das heißt, nicht abhängig zu sein von der Gnade einer nichtjüdischen Mehrheit. Das ist damit gemeint. Es gab da nie eine Illusion des Zionismus. Die hatte vielleicht Theodor Herzl als Wunschgedanken in seinem literarisch nicht besonders aufregenden, aber politisch sehr wichtigen und wirksamen Buch »Altneuland«. Aber dem Frühzionismus war von 1882 an, also noch vor Gründung der Zionistischen Weltorganisation im Jahre 1897, klar und erkennbar, weil erlebt, dass es eine Konfrontation mit der örtlichen Bevölkerung geben wird. Das Versprechen der sicheren Zuflucht bezieht sich auf die inneren Rahmenbedingungen für jüdische Existenz. Es geht eben nicht um jüdische Existenz auf Widerruf im Rahmen der innenpolitischen Voraussetzungen.

Warum also ist Antiisraelismus gleich Antisemitismus? Weil eben diese sichere innenpolitische Zuflucht, wenn weggenommen oder bestritten, die Existenz der Juden fundamental, sprich vital gefährdet und beendet. Wer, wo, wann und wie jüdische Existenz beendet, auch als Möglichkeit des alternativen Lebens bzw. Zufluchtsortes, ist nicht nur antiisraelisch, sondern ist anti-

semitisch, weil es den Juden schadet. Wobei die Begrifflichkeit antisemitisch, so viel müssen wir nicht herumklügelnd, auf Juden bezogen ist, wenngleich die Araber bekanntlich auch Semiten sind.

Mit anderen Worten: Antiisraelismus ist in seiner Wirkung antisemitisch. Antiisraelismus ist nicht zu trennen von Antisemitismus. Und diejenigen, die es immer noch nicht kapiert haben, seien daran erinnert, dass auf den Straßen nicht nur Deutschlands, sondern auch woanders jetzt immer wieder gebrüllt wird: Tod Israel, Tod den Juden! What is the difference? Es gibt keinen Unterschied.

Womit wir also bei den Hauptquellen des Antisemitismus in welchen Variationen auch immer sind. Es gibt drei Hauptquellen. Und, meine Damen und Herren, bitte erinnern Sie sich, bis zum 7. Oktober dieses Jahres galt als Hauptquelle des Antisemitismus in Deutschland und Europa der alte und neue Rechtsextremismus. Es gab und gibt ihn und es wird, fürchte ich, ihn auch weiter geben. Aber, und die amtlichen Statistiken haben das ja auch hervorgehoben, die Berichte der Verfassungsschutzbehörden sind identisch in den Aussagen, 80 bis 90 Prozent der antisemitischen Vorfälle seien rechtsextremistisch bedingt. Das gilt sozusagen axiomatisch oder galt axiomatisch bis zum 7. Oktober dieses Jahres. Und plötzlich wird fast nur noch

über den islamischen oder islamistischen Antisemitismus diskutiert. Ist uns plötzlich das Gedächtnis ausgefallen? Oder was ist los? Die Antwort ist ganz klar: Indem man nämlich immer nur auf eine Ausprägung des Antisemitismus konzentriert und fokussiert, übersieht man zwei andere.

Es gibt nämlich erstens den Rechtsextremismus, zweitens den Linksextremismus und drittens den Islamismus oder eben auch die lange Tradition des Islams, nicht nur bedingt durch den israelisch-palästinensischen oder, wenn Sie wollen, islamisch-jüdischen Konflikt. Und nun plötzlich, nach dem 7. Oktober dieses Jahres, teilte uns das Innenministerium das mit, was wir aus Umfragen, die bei Juden in Europa seit ungefähr 20 Jahren durchgeführt werden, seit langem wissen. Dass nämlich die jüdische Wahrnehmung die Reihenfolge der Gefährdung ganz anders sah als die Berichte der Verfassungsschutzämter, nämlich dass die Hauptgefahr – und zwar doppelt so stark – von islamischen bzw. islamistischen Extremen kam. Befragt wurden diejenigen Juden, die verbale oder körperliche Gewalt erlebt haben. Das widersprach seit über 20 Jahren dem, was wir den amtlichen Statistiken entnehmen konnten.

Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt, ähnlich wie in der Medizin, wenn die Diagnose falsch ist, kann

keine Therapie eingeleitet werden. So einfach ist das. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Ich zählte zu denen, die immer wieder auf die drei Quellen aufmerksam gemacht haben. Alle drei Quellen sind unterschiedlichen Anlässen gemäß jeweils in ihrer Art gefährdend.

Und der Linksextremismus, der auch zunehmend gewalttätig geworden ist und bis hin ins linksliberale Lager wirkt, fungiert als Legitimator und Rechtfertiger der islamischen oder islamistischen Gewalt gegen Juden. Das können sie ganz eindeutig in der scheinakademischen Diskussion über den Postkolonialismus feststellen. Der Postkolonialismus behauptet ja, dass die Verbrechen der Kolonialmächte, also des weißen Mannes aus Europa, später auch aus den USA, schlimmer wären als der Holocaust. Was scheinbar neu ist, das ist eine alte Entwicklung. Sie hat spätestens 1968 begonnen, 1968 mit der Neuen Linken.

Und damit bin ich beim dritten Teil meines Vortrags, nämlich der Entwicklung in Deutschland mit einigen Ausblicken auf europäische Nachbarn seit 1945. Die Zeit von 1945 bis 1969 war judenpolitisch relativ ruhig. Sie war allerdings im Ostblock deutlich heftiger und auch tödlicher. Ausgehend von der stalinistischen Judenfeindschaft nicht zuletzt in der Tschechoslowakei (Slánský-Prozess). Ableger davon, nicht

erfreulich, aber relativ mild, hatten Sie auch in der ehemaligen DDR, einschließlich Judenlisten. Wenn Sie es mir nicht glauben, in meinem Buch »Die Deutschland-Akte« habe ich das historisch-empirisch aufgearbeitet.

Aber das war jenseits der innerkommunistischen Altschlachten, weil viele der kommunistischen Veteranen Juden waren, Gegner von Stalin. Denn Stalin hat, egal ob Juden oder nicht, seine Gegner liquidiert. Das waren also innerkommunistische Abrechnungen. Und dann nach 1945, nach 1947/48 vor allem, war es Teil des Kalten Krieges, in dem die Sowjetunion und ihre Satelliten auf die arabische Welt in Nahost und in der Dritten Welt gesetzt haben. Sie schreckten dabei auch vor üblem Antijudaismus nicht zurück. Und auch das sei erwähnt, gerade in einem neuen Bundesland, wo sie die jüdischen Gemeinden damals eindeutig und nachweisbar stasifizierten.

In der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa beginnt die Neue Linke, anders als die alte Linke des real existierenden Sozialismus, Israel und den Zionismus als »Speerspitze des westlichen Imperialismus und Kolonialismus« zu bezeichnen. Hier sind wir schon bei der begrifflichen nicht nur Ähnlichkeit, sondern Identität. Das, was scheinbar neu ist, der Postkolonialismus, ist im



Grunde genommen eine Variante dieser neulinken Politik, die auch ihre extremistisch-terroristische Variante schnell gefunden hat. Das heißt nicht, dass die gesamte Neue Linke terroristisch gewesen wäre, aber aus ihr kommt der neue antijüdische Terrorismus. Den kann man auf den Tag genau datieren, auf den 9. November 1969. Da haben die »Tupamaros West-Berlin«, das war Dieter Kunzelmann, auch einer der ganz progressiven Deutschen, ein Attentat auf das Zentrum der jüdischen Gemeinde in West-Berlin und den Vorsitzenden der damaligen Gemeinde

Heinz Galinski verüben wollen. Das Attentat ist Gott sei Dank misslungen. Aber es war völlig klar der Beginn des linksterroristischen Antisemitismus, der dann »würdige« Nachfolger im RAF-Terrorismus gefunden hat. Der, ehemalige Bürger der DDR werden es wissen, sehr intensiv mit palästinensischen Terrororganisationen zusammengearbeitet hat und trainiert wurde, entweder im Süd-Jemen oder im Libanon. Also erkennbar nicht nur eine legitimatorische Gemeinsamkeit von links und den arabisch nationalistischen und islamistischen Kräften, sondern auch

eine terroristische Allianz von Neuen Linken, den extremistischen Teilen der Neuen Linken und den Nationalisten im arabisch-palästinensischen Lager sowie den Islamisten.

Aber man macht es sich zu einfach, wenn man nur auf die Linksextremisten schaut. Ich werde Sie jetzt sehr schockieren, wenn ich sage, dass der regierungsamtlich legitimierte Antisraelismus 1969 mit der sozialliberalen Koalition beginnt. Am 11. Februar 1970, also kurz nach dem Antritt der sozialliberalen Koalition, gab es eine Strategiebesprechung zur

Nahostpolitik. Und da hat Willy Brandt folgenden Satz wörtlich formuliert: Fortan werde Israelpolitik betrieben ohne Komplexe. Übersetzen Sie das in Klartext, dann heißt es, das Dritte Reich spielt für uns keine Rolle. Willy Brandt war Widerstandskämpfer, ganz klar. Aber er war als Kanzler zugleich der Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland. Und für einen

solchen gibt es nicht die Trennung zwischen der persönlichen Biografie und der staatlichen Geschichte.

Übrigens ist das Datum des 11. Februar 1970 auch aufschlussreich. Einen Tag zuvor fand in München-Riem ein Terroranschlag von palästinensischen Terroristen gegen ein El Al-Flugzeug statt. Einen Tag danach: Israelpolitik ohne

Komplexe. Kurz zuvor hatte auch das Seniorenheim der Jüdischen Gemeinde in München gebrannt. Aber: Israelpolitik ohne Komplexe. Olympia 1972: The games must go on. Die gesamte bundesdeutsche Prominenz neben Avery Brundage, der »The games must go on« sagte. Wer war Avery Brundage? Seit Anfang der 1930er-Jahre Präsident des amerikanischen Nationalen



Olympischen Komitees, dem dann Adolf Hitler 1935/36 zu verdanken hatte, dass die Olympischen Spiele trotz der NS-Judenpolitik in Berlin stattgefunden haben. But the games must go on. Und das war sozusagen die internationale Legitimierung.

Sprung ins Jahr 1973: Ähnlich wie am 7. Oktober 2023 geschah der Überfall von Ägypten und Syrien auf Israel. Die Existenz der israelischen Staatlichkeit stand Spitz auf Knopf, anders als jetzt am 7. Oktober dieses Jahres. Es ist ganz schrecklich, was jetzt passierte, aber keine Bedrohung der staatlichen Existenz Israels. Das war im Oktober 1973 ganz anders. In dieser Situation wollte die amerikanische Administration an Israel Waffen liefern, Nachschublieferungen aus Deutschland, über Deutschland. Da kam ein rotes Licht aus Bonn, von der Regierung Brandt-Scheel.

Ich lasse alles andere aus, meine Damen und Herren. Erwähnen möchte ich noch, weil es wichtig ist, die demographische, also die bevölkerungspolitische Verflechtung von Deutschland und Westeuropa mit dem Nahen Osten. Das ist wichtig in Bezug auf die dritte Quelle des Antisemitismus, den islamisch-traditionellen Antisemitismus. In der Frühphase des Islam und in den heiligen Schriften des Islam finden wir – von Akademikern oft bestritten – eine erkennbar und unbestreitbar

antijüdische Polemik. Man kann das aus der Entstehung des Islam heraus verstehen, ebenso wie das Christentum in seiner Frühphase und auch später abgrenzend vom Judentum polemisch ist, weil es durch diese Polemik seine Rechtfertigung kenntlich machen will. Aber inzwischen hätte man sich ja ein bisschen distanzieren können. Es ist den Kirchen nach 2000 Jahren gelungen. Nun gut, der Islam hat noch 600 Jahre Zeit, aber wir werden es dann nicht mehr erleben.

Die demographische Verflechtung von Deutschland plus Westeuropa mit dem Nahen Osten führte dazu, dass seit den späten 1960er-Jahren, also seit den Folgen der Entkolonialisierung des Nahen Ostens, unsere Welt mit der islamischen Welt verflochten ist. Wer Menschen importiert, importiert eben nicht Menschen als Ware, sondern importiert sie mit ihren Hoffnungen, ihren Lieben, ihrem Hass, ihren Sorgen. Und das bedeutete natürlich erstens den Import des Islam mit seinen anti-jüdischen Traditionen. Es gibt auch andere, aber dominant geworden sind aus historischen Gründen diese. Und zweitens bedeutet es den Import des Nahostkonflikts. Das heißt, Europa ist spätestens seit den 1980er-Jahren eine Nebenfront aller Nahostkonflikte, wohlgemerkt nicht nur des israelisch-palästinensischen Konflikts, sondern beispielsweise auch der innertürkischen

Konflikte. Denken Sie an Türken und Kurden, denken Sie an die Liquidierung der iranischen Opposition 1992 im Berliner Restaurant Mykonos. Da kommen Geheimdienstler des Iran und killen kurdisch-iranische Oppositionspolitiker. Und so weiter und so fort. Das heißt, Sie sind Teil des Nahen Ostens durch die demographische Verflechtung. Und 2015 haben wir an dieser Stelle noch einen weiteren Schub gehabt.

Aber diese Entwicklung ist schon seit den 1980er-Jahren vorhanden. Sie können das nachlesen. Nicht nur, weil ich das geschrieben habe. Es geht mir nicht darum, hier zu zeigen, dass ich recht hatte. Nein, man konnte es sehen. Es gab diese Morde. Es gab diese Auseinandersetzungen. Aber nein, es wurde immer nur auf einen antisemitischen Faktor geachtet. Daher, meine Damen und Herren, bin ich sehr skeptisch, dass jenseits der Erschütterungen, die wir in diesen Tagen erleben, genauer seit dem 7. Oktober dieses Jahres, über den Anlass hinaus das gesamte Spektrum der Gefahren beachtet wird. Ich hoffe, ich irre mich.

Vielen Dank.

## Vorstellung der Podiumsteilnehmer



**Prof. Dr. Michael Wolffsohn**

Geboren 1947 in Tel Aviv, kehrte er 1954 mit seiner Familie, die 1939 aus dem nationalsozialistischen Deutschland geflohen war, nach Berlin zurück. Er studierte an internationalen Universitäten Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Von 1981 bis 2012 wirkte er als Professor für Neuere Geschichte und Geschichte der Internationalen Beziehungen an der Bundeswehrhochschule in München. Michael Wolffsohn ist einer der prominentesten deutschen Zeithistoriker, medial omnipräsent, vielfach geehrt in Wissenschaft und Gesellschaft. Er hat über 30 Bücher verfasst.



**Dr. Tomáš Kraus**

Geboren 1954 in Prag und Holocaust-Überlebender der 2. Generation, engagierte er sich früh im kulturellen Leben der Hauptstadt. Nach seinem juristischen Abschluss an der Karlsuniversität begann er seine berufliche Laufbahn im Musikgeschäft. Von 1991 bis 2022 war er Geschäftsführer der Föderation der Jüdischen Gemeinden in der Tschechischen Republik. Er ist hier Vorstandsmitglied der Föderation der jüdischen Gemeinden in Tschechien sowie offizieller Vertreter des American Jewish Committee und Direktor des Instituts der Theresienstädter Initiative.



**Dr. Thomas Feist**

1965 in Leipzig geboren, absolvierte er zunächst eine Ausbildung zum Facharbeiter für Heizungsinstallation. Er war anschließend Ausbilder für lernbehinderte und sozial benachteiligte Jugendliche. Ab 1995 nahm er das Studium der Musikwissenschaft, Soziologie und Theologie auf und schloss dieses im Anschluss mit einem Promotionsstudium erfolgreich ab. Thomas Feist ist seit 2007 Mitglied der CDU-Leipzig und war von 2009 bis 2017 Bundestagsabgeordneter. Seit 2019 ist er Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben.



**Katrin Ikhilman**

Geboren im Jahr 2000 in Dresden, ist sie heute Mitglied der Israelitischen Religionsgemeinschaft Leipzig. Die Studentin der Universität Leipzig engagiert sich bei Hillel Deutschland, einer jüdisch-universitären Studentenorganisation, und ist ebenfalls im Ariowitsch-Haus e.V. Leipzig aktiv.



**Alexandra Gerlach**

Geboren 1963 in Kassel, studierte sie Politische Wissenschaften und Öffentliches Recht in Bonn und München. Nach ihrem Volontariat beim Bayerischen Rundfunk in München arbeitete sie zunächst für verschiedene Medienformate. Von 2002 bis 2011 leitete sie das Landesstudio Sachsen für Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur. Seit 2011 arbeitet sie als Freie Journalistin und Autorin. Von 1976 bis 1979 lebte Alexandra Gerlach in Israel.





## Podiumsdiskussion



### **Alexandra Gerlach (Moderation):**

Meine Damen und Herren, das sind ja beklemmende Perspektiven, wenn man das noch einmal so kompakt hört. Und wir alle lesen ja auch Zeitungen. Wir verfolgen die Diskussionen, sehen die Ereignisse auf den Straßen, nicht nur bei uns, sondern auch in ganz Europa. Was sich im Moment ereignet im Zuge des neuen Nahost-Krieges und was das wiederum für Resonanzen zum Teil in der Bevölkerung auslöst.

Und wenn ich mir dann Ihren Vortrag ganz intensiv vor Augen führe, dann bin ich auch sehr skeptisch, ob wir das überhaupt in den Griff bekommen. Es ist ein bisschen wie die geöffnete Büchse der Pandora. So erscheint es. Jetzt ist der Geist aus der Flasche und wir wissen nicht so richtig, wie wir es auf die Reihe bekommen, das einzudämmen.

Das heißt, wir haben gleich eine ganze Menge zu besprechen, denn wir wollen Sie heute nicht in einen hoffnungslosen

Abend schicken, sondern wir wollen mit Ihnen gemeinsam schauen, wie man das vielleicht erfüllen kann, dass man selber aktiv wird, gegen Antisemitismus in unserer Umgebung eintritt. Das könnte ein Effekt heute Abend sein, dass wir da vielleicht den einen oder anderen Weg gemeinsam finden.

Ich möchte noch ein Zitat voranstellen, bevor wir uns gleich auf dem Podium versammeln: Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann zeigte sich kürzlich fassungslos. Ich zitiere: »Wir haben eine Situation, wo das Holocaust-Mahnmal nicht von Polizisten geschützt wird, sondern von Polizeiketten. Die Menschen sprechen kaum noch Hebräisch. Die Kippa wird abgenommen. Man traut sich nicht mehr, die Kinder in die Schule zu schicken, geschweige denn in die Kita. Was ist los hier in Deutschland?« Einen Teil der Erklärung haben wir, glaube ich, eben schon gehört, was hier eigentlich los ist. Es geht konkret um Beschimpfungen auf der Straße.

Davidsterne markieren Wohnhäuser jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es geht Angst um in jüdischen Familien in Deutschland. Der neu aufgeflamte Judenhass zeigt plötzlich öffentlich eine hässliche Fratze, von der wir vielleicht schon gedacht haben, dass sie gar nicht mehr da ist. Palästinenserfreundliche Demonstrationen finden auf unseren Straßen statt und die Polizei hat Mühe, das einzudämmen, was dort gezeigt und gesagt wird. Was ist hier los und wie gehen wir damit um?

Das sind einige der Fragen, die wir jetzt auf dem Podium diskutieren wollen, und ich darf Ihnen meine Gäste vorstellen. Ich fange an mit Katrin Ikhilman. Sie ist Studentin aus Leipzig. Dr. Thomas Feist ist der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für das jüdische Leben. Dr. Tomáš Kraus ist Vorstandsmitglied der Föderation der Jüdischen Gemeinden in Tschechien. Und natürlich diskutiert mit uns auch Herr Professor Wolffsohn.



Und dann steigen wir gleich in die Diskussion ein. Katrin Ikhilman ist in Dresden geboren und in Leipzig aufgewachsen. Ihre Eltern sind vor vielen Jahrzehnten nach Deutschland gekommen, als sogenannte Kontingentflüchtlinge aus der damaligen UdSSR bzw. aus dem heutigen Gebiet der Ukraine. Sie haben dann hier in Dresden angefangen, sind sehr schnell nach Leipzig gezogen und Sie leben heute auch in Leipzig und studieren dort. Sie haben mir erzählt, dass Sie Wirtschaft studieren und sich intensiv mit dem Judentum beschäftigen. Ich möchte gerne von Ihnen wissen: Wie erleben Sie denn momentan die Stimmung hier im Land, in Leipzig?

**Katrin Ikhilman:** Es ist sehr beklemmend und es ist sehr erschütternd. Viele junge jüdische Menschen, vor allem die Kinder der Kontingentflüchtlinge, haben sich hier immer sehr wohlfühlt. Es gibt natürlich den altbekannten Antisemitismus im Alltag, den man kennt, dass man vorsichtig sein sollte, wenn

man einen Davidstern trägt, wenn man eine Kippa trägt. Aber ich konnte mir eigentlich nie vorstellen, dass ich mir Gedanken darum machen muss, was ich zur Universität anziehe. Ob man mir irgendwie ansieht, dass ich Jüdin bin, dass ich bei einer jüdischen Organisation arbeite. Ich habe dieses Semester angefangen, das Judentum zu studieren, mir sogar Gedanken gemacht, wie sicher es ist, schon vor dem 7. Oktober, wie sicher es ist, zur Uni zu gehen, zu Vorlesungen, wo ich Hebräisch lerne und die Geschichte von Israel studiere.

Eigentlich befinde ich mich seit dem 7. Oktober in einem tiefen Schockzustand. Eine nichtjüdische Kommilitonin von mir meinte neulich: »Du bist plötzlich so ernst geworden, aus dem Nichts.« Und dann habe ich realisiert, dass wir alle, auch Menschen, die viel jünger sind als ich, sich Gedanken machen müssen. Es geht nicht an, dass wir in Deutschland, in einer Demokratie, so viele Sorgen haben müssen.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Gibt es denn da ein Schlüsselmoment, wo etwas vorgefallen ist, was dann bei Ihnen diese Angst ausgelöst hat?

**Katrin Ikhilman:** Ich muss sagen, ich bin sehr gefestigt in meiner jüdischen Identität. Aber ich dachte mir gleich: Nein, mein Judentum und meine Identität nimmt mir niemand. Ich lebe hier in Deutschland, ich gehe aktiv immer zur Synagoge, das kann mir wirklich keiner nehmen. Mich wird niemand einschüchtern. Was ich dann aber schnell realisiert habe, ist, dass ich beispielsweise, wenn ich in Gruppen unterwegs bin oder wenn ich am Freitagabend zur Shabbat-Mahlzeit zur Synagoge gehen möchte, ich entweder andere Menschen in Gefahr bringen könnte, die mir viel bedeuten, oder dass ich meinen Familienmitgliedern Angst mache, dass ich angerufen werde von ihnen. Und sie sagen mir: Trag ja keinen Davidstern, ich möchte dich morgen noch sehen. Ich kann nicht glauben, dass es so aussieht.



**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Es ist bedrückend, das so zu hören. Herr Professor Wolffsohn, erleben Sie das auch in Berlin?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Ich lebe ja in München und teilweise auch in Berlin. Also in Berlin ist mir geraten worden, ohne jetzt Details zu nennen, mich nicht so sichtbar zu machen. Ich glaube, das reicht als Hinweis. Und was ich so an Liebespost bekomme ... Gott sei Dank ist das alles elektronisch und ich bin nicht erreichbar, weil die haben die Adresse nicht und so weiter. Und da bin ich der Polizei sehr dankbar, die für mich Polizei, Freund und Helfer ist. Aber ja, das ist schon sehr unerfreulich.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Das heißt, Sie werden bedroht?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Da möchte ich keine Details nennen, aber das ist nicht erst seit dem 7. Oktober so. Ich habe seit gut drei Jahrzehnten sehr

freundliche Begleitung durch die Polizei. Nicht, dass die mir Bodyguards stellen, das nicht. Gott sei Dank bin ich nicht so wichtig, aber es reicht schon zu.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

In München hat ja Charlotte Knobloch jüngst auch davor gewarnt, dass man sich da gar nicht mehr sicher fühlen könne. Was bedeutet das jetzt eigentlich für die Mitglieder der Gemeinde?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Frau Knobloch verändert ihre Aussagen immer wieder. Früher waren es gepackte Koffer, dann waren die Koffer wieder geöffnet und es gab keine Koffer mehr. Jetzt werden sie doch gepackt, oder doch nicht? Aber unabhängig von der Person, natürlich ist es so. Wir lesen es ja nicht nur in den Zeitungen, sondern das, was die Zeitungen berichten, sind keine Hirngespinnste, sondern das sind Fakten. Und Sie haben das ja auch erwähnt. Wenn mir die Polizei von sich aus sagt: Versuch ein bisschen Lowkey zu sein,

sowohl in München als auch in Berlin. Wobei ich der Münchner Polizei aus politischen Gründen mehr zutraue als der in Berlin. Nein, nein, das ist nicht politisch gemeint. Dann ist das schon ein Signal. Und dieses Signal hat sich jetzt anlassweise verstärkt. Aber wir haben so interessante andere Teilnehmer.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Herr Dr. Kraus, Sie sind Vorstandsmitglied der Föderation der Jüdischen Gemeinden in Tschechien. Wie ist denn das bei Ihnen im Land? Haben Sie auch im Moment solchen offenen Antisemitismus, Judenhass auf der Straße? Gibt es so was auch in Tschechien?

**Dr. Tomáš Kraus:** Gott sei Dank nicht. Es war aber immer so. Es war immer ein bisschen anders als in anderen Teilen von Europa. Selbstverständlich, Professor Wolffsohn hat das erwähnt, gab es in den 1950er-Jahren die Slánský-Prozesse, dann die mehr als 20 Jahre der sogenannten Normalisierung nach dem Ein



marsch der Sowjetischen Armee 1968. Da war das ein bisschen tabuisiert und man konnte nicht vieles über Judentum und Juden wissen, sehen und so weiter. Aber normalerweise mit der, sagen wir, normalen Bevölkerung, war das nicht so aggressiv wie woanders.

Besonders nach der Samtenen Revolution waren es wirklich 30 Jahre einer ganz offenen Freiheit, auch für die jüdische Gemeinschaft. Und da haben wir etwas genossen, was wir die goldene Zeit nennen. Weil in diesen 30 Jahren war alles möglich – mit der Rückgabe des Eigentums, mit der Entschädigung der NS-Opfer und so weiter und so weiter.

Heutzutage und besonders nach dem 7. Oktober gibt es eine riesige Welle an Unterstützung für Israel, aber auch für die jüdische Gemeinschaft. Nur muss ich sagen: Bei uns ist die jüdische Gemeinschaft ganz klein. Wir haben ungefähr 3000 Mitglieder registriert in zehn jüdischen Gemeinden. Inoffiziell

schätzen wir, haben wir ungefähr 20.000 Leute im Land, die sich als Juden identifizieren. Dazu kommt noch ein ganz wichtiges Phänomen: Bei uns in Tschechien gibt es nur eine ganz, ganz kleine islamische Gemeinschaft. Das sind fast nur Leute, die bei uns zu Zeiten des Kommunismus studiert haben. Manche haben geheiratet, sie waren ganz säkular und haben sich dann gut in die Öffentlichkeit, in die Gesellschaft integriert. Also bei uns ist die Lage wirklich ganz, ganz anders. Es war eine goldene Ära. Wir waren Antisemitismus überhaupt nicht gewohnt. Ich habe immer gesagt, diese gesamten 30 Jahre über, unser größter Feind ist nicht der Antisemitismus, sondern die Demographie.

Jetzt aber, und daran waren wir überhaupt nicht gewöhnt, sehen wir pro-palästinensische Demonstrationen. Das war etwas ganz Neues für uns, das haben wir nie erlebt. Ein Beispiel: Vorige Woche haben wir eine Demonstration für die Unterstützung von Israel auf

dem Altstädter Ring in Prag organisiert. Ungefähr 3000 Leute sind dagewesen, mit Israel-Fahnen, mit Reden, dazu auch Politiker. Am nächsten Tag war eine pro-palästinensische Demonstration mit 120 Leuten, also 3000 zu 120. So ist mehr oder weniger das Verhältnis. Für uns ist 120 dennoch zu viel.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Wie schauen Sie denn aktuell auf die Ereignisse in Deutschland?

**Dr. Tomáš Kraus:** Für uns ist das selbstverständlich ein Schock. Wir haben das nicht erwartet. Obwohl, Professor Wolffsohn hat das sehr gut bezeichnet, da gab es Dinge, die haben wir alle gesehen und nichts gemacht. Also die Signale gab es die ganze Zeit über, die Signale waren global. Die ganze Zeit über haben wir auf der ganzen Welt die Signale gesehen: in Frankreich, in Belgien, ich weiß nicht wo noch, aber wir haben nichts unternommen. Und nun, sind wir überrascht vom 7. Oktober?



Ja, selbstverständlich, wir sind überrascht von der Brutalität. Aber da musste etwas kommen.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Herr Dr. Feist, Sie sind Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für das jüdische Leben hier im Freistaat Sachsen. Angesichts der aktuellen Ereignisse: Welche Vorkehrungen werden hier getroffen, um jüdisches Leben zu schützen?

**Dr. Thomas Feist:** Der Landtagspräsident hat es ja schon angesprochen. Wenige Tage nach dem 7. Oktober hat unser Innenminister veranlasst, dass nicht nur jüdische Gebäude und Friedhöfe stärker geschützt werden, sondern auch Veranstaltungen zum Thema Jüdisches Leben in Sachsen. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Wir hatten jetzt ein Programm in Hartha bei Döbeln. In der kleinen Stadt ging es um eine besondere Form des Erinnerns an ehemalige Leute aus der Region. Da stand Polizei vor der Kirche. Also das ist schon neu, dass man sich

darauf einstellt. Das ist auch nicht schön. Auf der anderen Seite kann ich es aber verstehen, dass man sagt: Wir wollen kein Risiko eingehen.

Wenn man in Berlin das Holocaust-Mahnmal sieht, mit Gittern rundherum, das ist unglaublich. Wir sind verpflichtet zu schützen, und das macht unsere Staatsregierung auch. Jüdisches Leben ist auch in Sachsen eine verschwindend kleine Minorität. Es gibt 2400 Leute in drei Gemeinden, die man kennt. Oftmals ist die Polizei aber in den großen Städten mit den propalästinensischen Demonstrationen überfordert. Es gibt nicht so viele Sachsen, die Arabisch sprechen, bei der Polizei noch weniger, und dann ist es sehr, sehr schwierig, weil die sächsische Polizei natürlich immer auch versucht, deeskalierend einzuwirken. Das führt dann teilweise zu solchen absurden Situationen, dass man sagt: »Also wenn Sie zur Israel-Demo gehen, dann packen Sie mal die Fahne erst wirklich vor Ort aus, provo-

zieren Sie nicht.« Und das finde ich, ist eine ganz schwierige Gemengelage.

Die Leipziger Synagoge in der Keilstraße, die als eine der wenigen Synagogen in Leipzig die Pogromnacht überlebt hat, weil sie in einem Wohnhaus untergebracht ist, und von außen nicht als Synagoge erkennbar ist, wird von der Polizei bewacht. Wir haben in Sachsen auch drei Schulen, an denen jüdischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach gelehrt wird. Auch dort ist die Polizei präsent. Aber das führt eben auch zu einer Verunsicherung der jüdischen Sachsen. Das gehört einfach mit dazu. Wenn vor meinem Haus ein Polizeiauto steht, gehe ich davon aus, dass ich wahrscheinlich bedroht bin.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Frau Ikhilman, wie erleben Sie das an der Universität in Leipzig? Da gab es ja ein paar Meldungen, die nicht so toll waren, weil dort eben die Studierenden sich zum Teil sehr propalästinensisch



geäußert und auch orientiert haben.  
Also wie war das für Sie?

**Katrin Ikhilman:** Also mein Eindruck ist, dass ich die israelsolidarische, für Israel Verständnis habende Person an der Uni noch finden muss, die nicht jüdisch ist. Wenn ich zur Uni gehe, dann ist die Enttäuschung sehr, sehr groß, weil überall Sticker kleben, nicht nur propalästinensische, sondern wirklich antisemitische Sticker – etwa an unserer Bibliothek, in der ich normalerweise gerne lerne. In der Toilette war neulich mit großen Buchstaben geschrieben: »Free Palestine from German guilt«. Da kann man es auch ganz klar zuordnen, von welcher Gruppe der Kommentar kommt. Und ich habe das Gefühl, dass ich jetzt ständig auf eine sehr freche und unangebrachte Art von Kommilitoninnen und Kommilitonen aufgefordert werde, Aussagen zur Politik in Israel zu treffen. Was ich von Netanjahu halte, als könnte ich dort wählen oder irgendwas ändern, als wäre ich nicht im Juli 2023 das erste

Mal in Israel gewesen. Also, dass ich deutsche Jüdin bin oder jüdische Deutsche, das interessiert dort niemanden.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Aber nun tragen Sie doch den Davidstern nicht auf der Stirn. Man sieht Ihnen doch jetzt nicht an, wo Sie hingehören, zu welcher Religionsgemeinschaft Sie gehören. Wie kommt das, dass Sie da ständig in solche Diskussionen verwickelt werden?

**Katrin Ikhilman:** Vor dem 7. Oktober, aber auch danach habe ich nie versteckt, dass ich jüdisch bin. Ich habe noch nie vorher ein Gespräch über Israel geführt oder führen müssen. Aber ich habe meinen Davidstern getragen. Ich habe mit Kommilitonen auch gerne darüber gesprochen. Ich mache meine Arbeit bei Hillel Deutschland sehr gerne. Ich bin einfach sehr offen damit umgegangen. Christliche Studierende sagen mir ja auch, dass sie christlich sind, ohne zu erwarten, dass da jetzt etwas kommt.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Herr Professor Wolffsohn, wenn Sie das so hören, müsste da nicht eigentlich die Rektorin in Leipzig einschreiten?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Auch das ist nichts Neues. Aber die Rektorin ist nicht die Polizei und die Rektorin hat für Universitätsaufgaben zu sorgen und nicht für die Disziplin oder die Unbehelligkeit, die körperliche und seelische Unbehelligkeit der Studenten und des Lehrpersonals. An sich ist es zutiefst wissenschaftsfeindlich.

Aber das ist nicht nur in Leipzig, sondern das ist an Universitäten seit Jahrzehnten der Fall. Alles, was Sie erzählen, versetzt mich in meine eigene Studentenzeit an der Freien Universität Berlin. Ich habe 1966 Abitur gemacht und 1967, am 5. Juni begann der Sechstagekrieg. Zufälligerweise gab es da an der Freien Universität Berlin eine studentische Vollversammlung, wie sich das nannte. Die gegen den



»faschistischen SPD-Senat« protestierte, weil der »faschistische SPD-Senat« vermeintlich die Schuld an der Erschießung von Benno Ohnesorg trug. Am selben Tag war der Sechstagekrieg ausgebrochen. Und was dann an der Freien Universität passierte, das ging, um es mal umgangssprachlich zu formulieren, auf keine Kuhhaut.

Ich erinnere mich, ich kam nach dem israelischen Militär zurück nach Berlin, an die Freie Universität. Da habe ich festgestellt, dass die Freie Universität Berlin weitgehend in kommunistischer Hand war. Und ich gehörte zu der Handvoll von Studenten, die nicht irgendeiner K-Gruppe angehörten oder dem damals sozialdemokratischen Hochschulbund, der aber natürlich Volksfront gemacht hat. Lange Rede, kurzer Sinn, ich sitze also unschuldig in der knackevollen Mensa, kommt jemand mit dem Megafon und sagt: »Da sitzt ein ehemaliger Offizier der israelischen Armee, ein Faschist.

Der ist in der Notgemeinschaft für eine Freie Universität Berlin.« Ja, das waren also die »Faschisten«. Das habe ich auch erlebt. Kurzum, es ist nichts Neues.

Und da hat der Senat auch gesagt: Um Gottes willen, Freiheit der Wissenschaft, und so weiter, wir werden doch keine Polizei auf den Campus schicken. Und ich kann jeden Innenminister und jeden Polizeipräsidenten verstehen, der einen Teufel tun wird, Polizisten an die Universität zu schicken. Denn dann wird gesagt: »Siehste, das ist hier die Unterdrückung der Wissenschaft im Sinne des Kapitalismus«.

Warum aber ist das passiert? Warum ist es möglich, dass heute so etwas in der Bundesrepublik Deutschland passiert, im Freistaat Sachsen, der also ab 1990 die Chance hatte, sich an die Spitze einer wehrhaften Demokratie zu stellen? Es ist ja nicht geschehen. Und das hat viele Gründe. Das liegt nicht nur an den bösen Politikern, sondern es liegt daran,

dass die Wehrhaftigkeit der Demokratie in der Gesellschaft eher lächerlich gemacht wird. Nicht verstanden wird, dass eben zur Demokratie auch die Verteidigung der Demokratie gehört und dass eine Demokratie immer strukturell gefährdet ist. Dass das in Deutschland nicht kapiert wird, kann ich, nicht nur, weil ich Historiker bin, einfach nicht verstehen. Denn auch die Nationalsozialisten sind ganz demokratisch an die Macht gekommen.

Und wir haben hier in Deutschland bislang nur eine Partei, die sich gerne als Anti-System-Partei versteht. Wir haben jetzt eine neue, wahrscheinlich demnächst bald, die sich auch als Anti-System-Partei versteht, ganz demokratisch. Und ja, das ist die Gefährdung der Demokratie in der Demokratie durch die Demokratie. Es heißt nicht, dass wir die Demokratie abschaffen wollen, aber wir müssen auf die Wehrhaftigkeit der Demokratie achten.



Es ist übrigens kein rein deutsches Phänomen. Auch die Hamas ist 2006 in Palästina ganz demokratisch an die Macht gekommen. Die Muslimbrüder sind 2012 in Ägypten ganz demokratisch an die Macht gekommen. Erdogan ist ganz demokratisch an die Macht gekommen. Also Demokratie ist leider kein Schutz und wir merken das hier. Und ich finde es schrecklich, dass Sie jetzt, Jahrzehnte danach, obgleich unter anderen Vorzeichen, die gleichen Erfahrungen machen müssen, die wir vor mehr als 50 Jahren gemacht haben.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Das heißt die Wehrhaftigkeit der Demokratie, das fällt ja dann auch in Ihren Aufgabenbereich. Also was für einen Plan haben Sie da?

**Dr. Thomas Feist:** Also ich habe keinen Aufgabenbereich. Die Beauftragung ist ein Ehrenamt, was ich auch gerne mache, aber ich möchte schon gerne die Verantwortung bei der Politik

selbst lassen. Da gehört sie auch hin. Ich achte also schon sehr darauf, dass die Staatsregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen sich für jüdisches Leben und auch für Prävention und Bekämpfung des Antisemitismus einsetzt. Man lernt erst mit der Zeit, wo bestimmte Stellschrauben sind und was man vielleicht tun muss. Eine ist, dass wir offensiver jene stark machen müssen, die sich mit den Themen Jüdisches Leben, Jüdisches Sachsen und Bekämpfung von Antisemitismus auseinandersetzen.

Denn Antisemitismus ist ja kein jüdisches Problem. Von Pastor Martin Niemöller gibt es das Zitat: »Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«

Wir haben in Sachsen mehr als 50 Vereine und Initiativen, die sich mit dem Thema jüdisches Leben beschäftigen. Und ich denke, das ist genau die Aufgabe. Die wehrhafte Demokratie ist angesprochen worden. Hier spielt die Zivilgesellschaft eine ganz entscheidende Rolle. Und wie wir auch mit Unterstützung der Politik diese stärken können, das ist für mich viel wichtiger, als immer nur darauf zu schauen, wo etwas nicht funktioniert.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Was brauchen Sie, um das zu stärken? Was fordern Sie da konkret?

**Dr. Thomas Feist:** Also ich gebe der Staatsregierung jedes Jahr einen Bericht ab und ich darf Vorschläge machen. Und bei manchen Vorschlägen bleibe ich beharrlich. Und ich weiß auch, dass man nicht sagen kann: Wir müssen jetzt mal das machen und die Politik macht den Schrank auf und finanziert das alles. Das ist allen klar, auch den



jüdischen Gemeinden. Aber man kann Perspektiven aufbauen.

Weil Sie vorhin das Thema Bildung angesprochen haben: Intelligenz und Ideologie schließen sich eben leider nicht aus. Aber Bildung ist trotzdem wichtig. Wichtig ist es bei dem Thema jüdisches Leben in Sachsen oder jüdische Kultur, dass man es nicht nur im Schulbereich macht, sondern dass man auch das außerschulische Lernen dafür nimmt. Ich gebe Ihnen jetzt mal ein Beispiel, wo ich sage, da müssen wir auch stärker Programme nachschärfen. Ich versuche immer, für das Thema Jüdisches Sachsen positiv zu werben, mit guten Beispielen. Denn dieser Freistaat würde nicht so aussehen, wie er aussieht, ohne die jüdische Bevölkerung, die dann zum großen Teil liquidiert worden ist. Man bräuchte also für alle Regierungsbezirke oder Landkreise eine moderne Form, mit der man das vermittelt, zum Beispiel einen Podcast. Etwas, mit dem junge Leute

umgehen und kommunizieren. Zum Beispiel über soziale Medien, über interessante Gespräche und so. Und da habe ich einen Verein gefunden, der sagt: Ach, das ist eine gute Sache, wir beantragen mal in einem der Programme, in denen es Geld gibt, genau so etwas. Das wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dass es ja nur um Wissensvermittlung gehen würde, was nicht pädagogisch sei. Da versuche ich dann, Anregungen zu geben, wie können wir das so machen, dass die schulische und die außerschulische Bildung sich ergänzen?

Oder ein zweites Beispiel: Gedenkstättenfahrten. Theresienstadt war ein furchtbarer Ort, aber nicht so furchtbar wie Auschwitz oder andere Konzentrationslager. Das heißt, wenn ich etwas über Menschen erzählen will, und wir haben ja zum Beispiel den ersten sächsischen Ministerpräsidenten Georg Gradnauer, der einen jüdischen Vater hatte und der in der Zeit des Nationalsozialismus auf sein Judentum geworfen

wurde und auch die Privilegien durch eine sogenannte Mischehe verlor, als seine Frau starb. Der war zum Beispiel auch in Theresienstadt. An sowas kann man anknüpfen, auch ganz persönlich, mit dem sächsischen Hintergrund. Also man kann mit jungen Leuten sehr viel machen und Theresienstadt ist von Sachsen aus sehr gut erreichbar. Nun ist das Problem, dass aus bestimmten pädagogischen Gründen, Auslandsfahrten nur mehrtägig finanziert werden. Und ich denke, das hat auch durchaus seine Berechtigung. Aber dort flexibler zu sein und zu sagen, das ist für sächsische Schülerinnen und Schüler gut erreichbar, das können wir doch auch eintägig machen. Und solche Vorschläge finden sich dann in meinen jährlichen Berichten wieder und wenn es etwas ist, was länger dauert, dann versuche ich, beharrlich zu sein.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**  
Erlauben Sie noch eine kurze Frage: Werden Sie gehört?



**Dr. Thomas Feist:** Doch. Also, ich werde schon gehört, weil wir eben auch im Verbund mit dem Netzwerk Jüdisches Sachsen doch wirklich sehr viel bewegen können. Und oftmals geht es nur darum, dass man bestimmte Verständnis-sachen auch transportiert, beispielsweise bei Fördermittelgebern. Wir haben Lothar Klein hier sitzen. Die sächsischen Israelfreunde machen seit Jahrzehnten eine absolut tolle Arbeit. Nun kommen die aber aus dem Erzgebirge. Und es ist auch eine christliche Vereinigung. Und wenn das dann so ein Verwaltungsbeamter sieht ... Also, dafür zu werben und dafür zu sorgen, dass so etwas gelingen kann, da würde ich schon sagen, das ist erfolgreich. Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Herr Kraus, wenn Sie von Tschechien aus auf das schauen, was uns hier gerade beschäftigt. Würden Sie denken, dass es gut wäre, in Tschechien auch

auf Bildung zu setzen, um diesen Wiedergänger Antisemitismus in den Griff zu bekommen?

**Dr. Tomáš Kraus:** Zunächst möchte ich erwähnen, dass wir mit Thomas Feist vereinbart haben, die Gruppen von Sachsen nach Theresienstadt zu bringen. Auch das ist meine Aufgabe. Zu Ihrer Frage: Wenn wir hier vor dem 7. Oktober gesessen hätten, dann wäre das alles ganz normal. Nach dem 7. Oktober reicht das nicht. Wir brauchen etwas Anderes. Wir müssen besonders die jüngeren Leute, auch bei uns, über den Nahostkonflikt aufklären. Die wissen nichts davon. Wenn sie etwas über die Okkupation in Palästina hören, dann denken sie, dass es so etwas ist wie die Okkupation der Tschechoslowakei 1938. Das ist doch Unsinn.

Das ist die 3. oder 4. Generation nach dem Zweiten Weltkrieg und die wissen überhaupt nichts vom Sechstagekrieg oder vom Jom-Kippur-Krieg. Die wissen

nichts über die Ereignisse im Nahen Osten, in Israel, in Palästina. Da sind sogar die Begriffe falsch. Wir müssen da an die Wurzeln gehen. Wenn man zum Beispiel über Zionismus spricht, dann hat das bei den jüngeren Generationen in Europa eine negative Konnotation. Dabei wissen die gar nichts über den Zionismus als eine Nationalbewegung, selbstverständlich auch mit der Rückkehr in das Heilige Land. Ja, aber das war nur ein Teil davon. Das war doch eine Emanzipationsbewegung. Und ich glaube, die Leute die heute um die 20 sind, die wissen davon überhaupt nichts. Also Erklärung, Bildung, das muss selbstverständlich sein. Denn die Propaganda geht von Nahost nach Europa. Wenn die dort über Juden sprechen, dann meinen die Israelis, und das ist auch hier in Europa dann der Fall. Die Menschen aus Nahost sehen dann hier eine Synagoge und denken, die Israelis haben hier eine Synagoge. Die wissen überhaupt nichts über die Geschichte des Judentums in Europa.



**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Frau Ikhilman, jetzt machen wir mal den Praxistest. Sie sind in Sachsen zur Schule gegangen. Was haben Sie gelernt über Zionismus und was haben Sie über den Nahost-Konflikt gelernt?

**Katrin Ikhilman:** Absolut gar nichts.

Ich glaube, ich habe auch Glück gehabt, in der Schule nicht gewusst zu haben, dass ich Jüdin bin. Ich habe das mal gehört und wir haben auch eine Chanukia zu Hause, aber das hat nie etwas bedeutet. Wir hatten durchaus in der Schule sehr unlustige Witze über Juden und Menschen, die gegähnt haben und irritiert waren, dass wir nach Theresienstadt oder Buchenwald gefahren sind. Zionismus ist das eine, ich fände es schön, wenn wir überhaupt richtig über Antisemitismus und über die deutsche Geschichte gesprochen hätten. Nicht nur in einem sehr langweiligen Format. Nicht nur: Schlagen Sie das Buch auf und lesen Sie diese 30 Seiten, sondern dass man zum Beispiel jemanden

einlädt, der darüber spricht. Auch eine junge Person, bei der man sich vorstellen kann, die ist ja genau wie ich und diese Person erlebt Antisemitismus oder kommt aus Israel, sie ist mir aber ganz ähnlich. Zurück zu Ihrer Frage: Wir haben dazu absolut nichts gelernt. Das habe ich mir alles später angeeignet.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Okay, das ist wirklich erstaunlich. Ich möchte jetzt gerne die Runde öffnen. Ich möchte Sie ermutigen, Fragen zu stellen und möchte Sie bitten, sich in Anbetracht der Zeit kurz zu halten. Bitte sagen Sie uns kurz, wer Sie sind und an wen Sie die Frage richten.

**Fragesteller:** Vielen Dank. Mein Name ist Frank Nemetz. Ich komme aus Leipzig und bin in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) tätig. Ich habe selber in der Familie ein Problem: Meine zwei Enkelkinder gehen in Berlin auf das Mendelssohn-Gymnasium und sind aktuell sehr betroffen. Viele Juden

schicken zurzeit ihre Kinder nicht mehr ins Gymnasium. Letzte Woche war mein Enkelsohn nur mit noch einem anderen Kind in der Klasse. Die Schule wird bewacht. Die Kinder werden aufgefordert, nicht zu erkennen zu geben, dass sie auf das Gymnasium gehen. In der Straßebahn müssen sie sich zurückhalten. Für uns als Familie ist das nicht einfach. Meine Kinder sind sehr optimistisch, dass ihre Kinder weiterhin auf das Gymnasium gehen. Aber ob sie auf dem Gymnasium bleiben können, das wissen wir bis heute nicht.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Ich kann Ihnen da nicht sehr viel Mut machen. Ich habe heute von meiner Tochter gehört, dass ihr 11-jähriger Sohn, also mein Enkel, auf einer nichtjüdischen Schule, in einem ganz normalen bürgerlichen Bezirk in Berlin, auf dem Schulhof von »Schulkameraden« als der Israeljunge bezeichnet worden ist. Meine Enkelkinder sind keine Juden, aber mein Enkel interessiert sich für



Politik und Geschichte und identifiziert sich auch mit der jüdischen Geschichte. Seine Eltern gingen zum Direktor, beschwerten sich. Der hat auch wunderbar reagiert. Aber ich kann genauso wie Sie auch nur fragen: Wohin? Der Zionismus, Herr Kraus, der Zionismus ist die Antwort auf das Wohin gewesen. Und jetzt stellen wir fest, auch dieses Wohin wird nicht einmal in der Existenzberechtigung anerkannt. Und unsere Freunde, und das ist dieser deutsche Staat natürlich, gar keine Frage, sind nicht in der Lage, das zu verhindern. Nicht, weil er es nicht wollte. Natürlich will er das. Aber er kann es nicht. Das ist doch das Dilemma, in dem wir stecken. Daher bin ich sehr dankbar, dass Sie dieses Beispiel erwähnen. Wohin?

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Frau Ikhilman, das ist ja ein Thema, was Sie auch beschäftigt hat. Sie haben im Vorgespräch gesagt, für Sie sei immer klar gewesen, dass Sie dann vielleicht nach Israel gehen. Wie ist das jetzt?

**Katrin Ikhilman:** Mir gefällt es sehr gut in Deutschland. Israel war eher die Vorstellung, wie bei vielen Gleichaltrigen, dass wenn hier langsam alles zusammenbricht, wenn hier die demokratischen Werte nichts mehr bedeuten, dann kann man im schlimmsten Fall immer in Richtung Israel schauen. Und ich weiß nicht, ob das jetzt noch möglich ist. Ich kenne auch Menschen, die jetzt nach Israel ausgewandert sind, trotz der Situation. Es sind sogar sehr viele Menschen, weil sie sich hier als jüdische Menschen, also als deutsche Juden, nicht mehr wohlfühlen. Das ist sehr, sehr erschreckend.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Darf ich nochmal was ergänzen? Wir reden über Juden, und natürlich betrifft es uns zuvörderst, aber es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Meine Damen und Herren, heute betrifft es in erster Linie die Juden, aber morgen eben die demokratische Bürgerlichkeit in ihrer Gesamtheit. Und jemand, der das in

unmöglich präziser Form formuliert hat, ist der französische Schriftsteller Michel Houellebecq in seinem Buch »Unterwerfung«. Da gibt es eine Schlüsselszene. Seine Freundin Esther, eine Jüdin, verlässt in dem Roman gemeinsam mit den Eltern Frankreich in Richtung Israel aufgrund des tödlichen Antisemitismus. Sie verabschieden sich. Sie macht die Tür zu und er sagt dann am Ende: Ich hab' kein Israel.

Sie, meine Damen und Herren, haben auch kein Israel. Sie haben kein anderes Deutschland, das dann eine wehrhafte Demokratie ist, wie es unsere Demokratie Gott sei Dank noch ist. Es ist nicht unser jüdisches Problem allein. Sie haben das völlig richtig gesagt. Meine Damen und Herren, es ist unser aller Problem. Und das heißt nicht, dass wir jetzt auch nur die Muslime herausgreifen, sondern wenn ein großer Teil unserer Gesellschaft nicht mehr willens ist, für diese Demokratie einzutreten – und es gibt viele Indikatoren dafür,







dass das der Fall ist –, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis der letzte das Licht ausmachen muss.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**  
Was wäre denn jetzt Ihr Rat?  
Was müssen wir tun?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Ich kriege die Frage natürlich immer. Und sie ist völlig berechtigt. Ich habe mich im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte dafür entschieden, der Diagnostiker zu sein. Die Therapeuten sitzen hier, das sind die Gesetzgeber, das sind die aktiven oder nicht aktiven Mitglieder der Exekutive. Es ist eine billige Antwort, da haben Sie natürlich recht. Aber es fängt im Kopf an. Etwa an dem Punkt, wenn Polizisten »Schweine« oder »Bullen« genannt werden, wenn manche meinen, dass die Politiker alle korrupt sind oder alle im Dienste von X, Y oder Z stehen, wenn es heißt, dass die Sicherheitsorgane, also auch die Bundeswehr, nur ein Haufen von Rambos oder Militaristen

sind. Wenn eine Parteivorsitzende sagt, dass die Polizei ein »strukturelles Problem des Rassismus« hat. Na bitteschön, welcher normale Mensch geht denn da noch zur Polizei? Niemand will ein struktureller Rassist sein, so wie das die Vorsitzende einer großen Partei bezeichnet. Das ist der Punkt. Oder wenn jemand, der nicht im Mainstream schwimmt, als Reaktionär oder als Revolutionär in welcher Richtung auch immer dasteht.

Meine Damen und Herren, es ist ein Problem von uns allen, dass wir uns viel zu wenig für diese Demokratie einsetzen. Und dann wird immer gesagt: Ihr müsst auf die Straßen gehen. Nein, das bürgerliche Selbstverständnis von Politik ist eben, dass die Rahmenbedingungen dafür vorhanden sind, dass Frau Ikhilman ganz normal an der Universität studieren kann. Oder dass Sie ganz normal auch mal guten Gewissens am Wochenende Fernsehen gucken wollen, wenn sie das lieber

haben, als an die frische Luft zu gehen und für was auch immer demonstrieren zu müssen. Diese ständige totale Politisierung im ideologischen Sinne von: Da ist mein Feind und ich bin richtig und ich setze mich ein.

Was ist das Ergebnis? Wie ist das zustande gekommen? Der Anstoß für diese Entwicklung ist doch hochsympathisch und psychologisch nachvollziehbar. Nicht nur die Deutschen, sondern viele Völker in Europa sind für ein vermeintlich kollektives Ziel schlicht und ergreifend geopfert worden – Kanonenfutter, Kanonenfutter der Nazis, Kanonenfutter der Kommunisten und so weiter. Und da ist nach 1945 für diejenigen, die die Möglichkeit hatten, also für uns im Westen, plötzlich eine neue Welt aufgekommen. Der Staat ist für uns da und nicht wir für den Staat.

Diese Tendenz, die ist ja schon auch in ganz anderen Gemeinwesen erkennbar gewesen. John F. Kennedy hat das in



seiner Antrittsrede im Januar 1961 mit diesem Satz formuliert: Überlege dir nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern überlege dir, was du für dein Land tun kannst. Solange es da um Amerika ging, war das kein Problem. Aber wenn es ein Deutscher gesagt hat, dann war das: »Hände in der Hosentasche und Heil Hitler«. So ein Quatsch! Vielmehr geht es doch um den Mittelweg, den Mittelweg zwischen kollektiver Notwendigkeit und individueller Selbstverwirklichung, nicht nur um das eine oder das andere. Wie man das steuern kann, ich weiß es nicht. Ich kann es analysieren und ich stelle fest, dass dafür keine Maßnahmen vorhanden sind. Und ich stelle fest, dass in der öffentlichen Debatte und auch in der politischen Debatte und in der medialen Debatte eben nur Entweder-Oder vorhanden ist. Und das kann es nicht sein.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Herr Kraus, hätten Sie eine Idee, wie man das durchbrechen kann, also wie

man im Sinne des Wellenbrechers aktiv werden kann, um sich für Demokratie zu engagieren?

**Dr. Tomáš Kraus:** Ich hätte zwei Bemerkungen. Erstens: Wir sind immer zu spät, wir sind immer irgendwie hinter den Ereignissen, immer. Ich kann ein Beispiel nennen. Wir wussten, dass der Antisemitismus in Europa sehr hoch war. Einmal waren wir beim ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, einem Deutschen. Er war später Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Manche wissen das vielleicht. Nun haben wir gesagt: Herr Professor, bitte, wir fühlen uns als Europäer hier nicht in ganz guter Lage. Denn alle diese Symptome waren schon vorhanden. Und er hat damals gesagt: Leute, bitte, Kollegen, machen Sie etwas mit Ihren israelitischen Kollegen. Sagen Sie denen, sie sollen etwas Anderes machen. Und wir haben gesagt: Aber Herr Professor, das geht nicht, das ist doch nicht unsere Aufgabe. Die Leute in Israel sind eigene

Politiker, und das ist eine demokratische Gesellschaft, und die werden entscheiden, wie sie das machen. Und so weiter und so weiter. Dann hat er das verstanden. Und seitdem wurde in Europa wirklich ganz viel gegen Antisemitismus gemacht, das muss man schon sagen. Aber es war zu spät. Vielleicht bringt uns heute diese tragische Situation weiter. Wir wissen das nicht, wir haben keine Rezepte. Hoffentlich kommt da noch etwas.

Zweitens: Ich habe manchmal so ein Gefühl, als bewegten wir uns wie Marmelade in einem Käfig. Global sehen wir doch einen riesigen Konflikt zwischen zwei Supermächten. Auf einer Seite steht Amerika und Westeuropa, Europa vielleicht, und auf der anderen Seite stehen Russland, China und so weiter. Warum sage ich das? Herr Professor Wolffsohn hat schon mehrmals diese Beispiele von der Geschichte des Kommunismus erwähnt. Bis heute sprechen wir über den Nahostkonflikt mit Wörtern,



die während des Kommunismus erfunden wurden, mit Wörtern aus dem sowjetischen Wörterbuch. Und ich sehe: Auch ein großer Anteil der Geschehnisse passiert mit Unterstützung von Russland, mit Unterstützung der anderen Seite. Das ist nicht nur ein Gefühl. Wir in der Europäischen Union haben doch den Antisemitismus mit Studien gemessen. Wir haben eine Statistik. Und Gott sei Dank ist in Tschechien der Antisemitismus sehr niedrig. Wo er nicht niedrig ist, ist im Internet. Und da kann man heute sehen, dass die Autoren der Seiten meistens aus Russland kommen. Also Antisemitismus ist eine Waffe, eine Waffe der Großmächte, besonders von Osten her. Und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Es ist noch eine zweite Ebene, die Sie aufmachen. Professor Wolffsohn hat ja das Ganze in einen größeren Zusammenhang gestellt und hat gesagt, heute richten wir den Blick auf den Judenhass,

aber im Grunde kann ja morgen jemand ganz anderes ausgegrenzt werden. Und letztlich geht es vielleicht nachher tatsächlich um die Demokraten, wenn andere die Macht haben.

**Dr. Tomáš Kraus:** Genau, so ist das. Die Radikalisierung der Leute spielt eine riesige Rolle.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Frau Ikhilman, Sie erleben das auch im Internet. Sie bekommen auch unangenehme Post, haben Sie erzählt?

**Katrin Ikhilman:** Ja, natürlich. Ich musste eben daran denken, auch wenn es ein wenig am Thema und am Persönlichen vorbeigeht, als die Bundeswehr kurz angesprochen wurde, dass es jüdische Menschen in allen möglichen Berufen und Schichten gibt. Mein Freund ist aktiv in einer Organisation, die nennt sich Bund Jüdischer Soldaten. Die ist relativ klein. Das ist für die Leute, die das kennen. Es sind vor allem

jüdische Menschen, die das unterstützen. Und als aber ein Artikel im Internet einigermaßen viral gegangen ist, habe ich mir mal die Kommentare angeschaut. Was ich da gelesen habe, das war wirklich traurig. Für mich auch zum Teil sehr lustig. Ich muss mittlerweile lachen über diese Dinge, sonst wäre ich die ganze Zeit konstant traurig und besorgt. Da waren antisemitische Kommentare von allen Seiten. Einerseits, so hieß es, sind Soldaten alle Nazis und Rechtsradikale, also aus Prinzip schon ganz rechts gesinnt. Andererseits sei er ja auch Jude und er trage eine Kippa, also ist er der Unterdrücker, gerade in Israel. Ich habe so wenig Unterstützung gesehen und ich habe es als meinen Job angesehen, die ganzen Kommentare dann zu löschen oder zu melden. Ich habe nicht gesehen, dass Kommentare verschwunden sind, im Gegenteil.

Dasselbe gilt natürlich auch für alle jüdischen Menschen, die sich gerade äußern. Mir wurde auch hier geraten,



vorsichtig zu sein, ob ich fotografiert werden möchte, mit wem ich rede, ob ich mit diesen Menschen auch Fotos mache, ob ich selbst etwas poste. Ich muss unbedingt meinen Account privat halten, weil wenn mich jemand findet, die könnten ja auch zur Uni kommen, die könnten ja auch meine Familie angreifen. Aber natürlich hält mich das nicht zurück, weil ich verstehe mich ja auch als Deutsche. Natürlich habe ich Israel, aber ich würde mir wünschen, nicht auf ein zweites Deutschland hoffen zu müssen. Das heißt, ich sehe es als meine Pflicht, mich als Bürgerin hier einzusetzen wo ich kann. Weil ich das muss, aber auch, weil es gerade notwendig ist.

Eines wollte ich noch sagen. Hier sitzen ja auch viele, die politisch aktiv sind, die Entscheidungsträger sind. Und gerade wurde gefragt, was man machen kann. Aus meiner Perspektive: Unterstützen Sie die Organisationen und Institutionen nicht nur verbal, sondern

auch finanziell, die nicht nur für jüdische Menschen, sondern die auch demokratiefördernd arbeiten. Unterstützen Sie die, die psychologische Unterstützung anbieten für Opfer von Antisemitismus, nicht nur jüdische Opfer. Es sind ja auch Menschen Opfer von Antisemitismus, die gar nicht mal jüdisch sind, die sich einfach einsetzen für das Leben von Juden. Sie sollten einfach schauen, ob man vielleicht die Gemeinden mehr unterstützen kann. Im Moment funktioniert da noch sehr viel auf ehrenamtlicher Basis. Diese Menschen sehen das als ihr Hobby, als Berufung. Sie würden niemals nein dazu sagen, weil sie sehen, dass sie sich einbringen sollten. Aber wenn sie es ohne Geld oder für wenig Geld machen, finde ich es wichtig, dass sie vielleicht auch dafür entlohnt werden. Gerade jetzt, wo wir noch viel mehr mit Antisemitismus zu kämpfen haben und noch viel mehr Veranstaltungen brauchen, auf denen sich jüdische Menschen versammeln können. Dafür sollten wir die Mittel haben.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Vielen Dank für diesen Beitrag. Ich schaue jetzt mal ins Publikum. Ja, bitte schön.

**Fragesteller:** Mein Name ist Lothar Klein, ich bin in Dresden geboren und aufgewachsen und habe als Christ von früher Jugend an eine andere Sicht auf Israel gehabt, als das damals hier herrschende Regime. Und das hat mich dann 1990 bewegt, als ich am 18. März in die letzte DDR-Volkskammer gewählt wurde, da in der Erklärung diese Bitte um Verzeihung gegenüber Israel zu formulieren. Das ist auch von Konrad Weiß und anderen Kollegen sofort unterstützt worden. Und wir haben dann 1998 die sächsischen Israelfreunde gegründet, auch aus dem Grund, weil wir feststellen mussten, dass die Berichterstattungen über Israel teilweise in den freien bundesdeutschen Medien ähnlich tendenziös waren (und bis heute sind) wie zu DDR-Zeiten, auch wenn das damals staatlich verordnet war. Heute machen es die Leute freiwillig. Und als der



Bundeskanzler jetzt davor warnte, dass man nicht Täter und Opfer verwechselt, dann hat das kaum drei Tage gehalten. Dann waren die armen Palästinenser wieder die »Berufsofferle« und die Israelis, die wurden mit den schärfsten Forderungen konfrontiert. Dieses Messen mit zweierlei Maß ist für mich schon Antisemitismus pur. Und nun frage ich Sie mal als Journalistin. Wie erleben Sie Ihre eigene Szene da im Berufsstand? Wie geht man dort mit diesen Themen um?

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Gut, dann verlasse ich mal die Moderationsrolle. Als Fernsehzuschauerin zum Beispiel finde ich, dass einige der Journalisten einen richtig guten Job machen, weil sie berichten, was stattfindet und was ist. Das ist ja so eine Grundmaxime, dass man das machen sollte. Und gut, die einen machen das reißerischer, die anderen weniger. Natürlich ist völlig klar, dass die Bilder, die wir aus Gaza sehen, uns unglaublich berühren.

Wir sind ja alle Menschen. Und es geht um Menschen. Selbstverständlich darf man nicht vergessen, was die Ursache war, wer wen angegriffen hat und was da passiert ist. Aber ehrlich gesagt, ich finde manche Bilder auch sehr, sehr schwer zu ertragen und manche Nachrichten sind schwer zu ertragen. Aber man muss natürlich immer wieder das Ganze in den Kontext einordnen, und da finde ich, dass momentan eigentlich recht gut sortiert wird. Das ist mein Eindruck.

Nun gucke ich nicht den ganzen Tag Fernsehen. Ich höre viel Radio, ich lese viel Zeitung. Mein Eindruck ist nicht, dass das alles antiisraelisch ist. Man kann aber feststellen, dass nicht nur in Deutschland, sondern auch zum Beispiel in Frankreich die Stimmen gerade kritischer werden, was das israelische Vorgehen im Gazastreifen angeht. Und dass viele Journalisten fragen, wie weit darf da wirklich gegangen werden? Es ist eben das Schlimme immer an diesen kriegesischen Auseinandersetzungen,

dass man das aus der Ferne gar nicht endgültig beurteilen kann. Wir wissen, dass da ein riesiges Tunnelsystem unter Gaza ist und wir wissen, dass die Hamas ganz bewusst zivile Einrichtungen nutzt, die eigentlich geschützt sind, um dort Kommandozentralen oder Waffenlager zu etablieren. Das haben wir jetzt alles erfahren, und wir wissen so etwas auch aus dem Libanon. Aber ich tue mich sehr schwer, jetzt zu sagen, einige Journalisten berichten nicht ordentlich und andere schon. Ich sage, es sind auch Menschen und auch die müssen mit diesen ganz schwierigen Bildern irgendwie umgehen. Und es gibt sicherlich den einen oder anderen, der da seine persönliche Meinung im Kommentar äußert. Aber in den Berichten, soweit ich das sehen kann, läuft das eigentlich recht ordentlich.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Ich möchte widersprechen. Sie haben völlig recht, auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite haben Sie gar nicht recht. Und ich



will das begründen. Es ist nicht der böse Wille von vielen der Korrespondenten vor Ort. Eine ganze Menge davon kenne ich auch persönlich und würde denen – sozusagen – den Koscher-Stempel geben. Aber mein Nicht-Koscher-Stempel geht in folgende Richtung. Viele Journalisten haben keine Ahnung von Kriegsführung. Die haben keine Ahnung, wirklich keine Ahnung, was für eine Form von Krieg da geführt wird, nämlich eine Mischung aus Guerilla und Terror, die der im konventionellen Sinne militärisch Schwächere anwendet. Das klingt harmlos, ist es aber nicht. Die Folge davon ist, dass das eigene Zivil, ich formuliere bewusst polemisch, aber faktisch, als Kanonenfutter benutzt wird, ganz bewusst eingeplant wird. Und – noch schlimmer – der Zynismus besteht darin, dass das Opfer gar nicht merkt, dass es Opfer ist. Die schreien tatsächlich aus Überzeugung »Nieder mit Israel« und merken nicht einmal, dass sie Opfer derer sind, denen sie zujubeln. Dieser Zynismus kann durch Bilder, die völlig

korrekt wiedergegeben werden, nicht erklärt werden, wenn eben die Berichterstatter meistens von Kriegsführung überhaupt keine Ahnung haben. Dann sehen wir genau die Reaktion, die jeder Mensch, sofern er noch menschlich reagiert, zeigt, indem er sagt: Ganz furchtbar, aufhören! Aber bei mir hört der Spaß auf und meine Toleranz endet, wenn auch Spitzenpolitiker dieses Unwissen verbreiten, bis hin zum amerikanischen Präsidenten.

Da muss Expertise her. Aber die gibt es ja kaum. Wir haben Gott sei Dank hier einige Herren in Uniform. Aber Sie werden mir da wahrscheinlich nicht widersprechen, dass das sicherheitspolitische Wissen in Deutschland und Westeuropa auf dem Stand eines Entwicklungsstaates ist. Ich habe ja Jahrzehnte an der Universität der Bundeswehr gelehrt. Da kamen die frischen Offiziere zu uns. Und da fragte ich jahrzehntelang nach dem Klassiker schlechthin, nicht nur dem deutschen Klassiker der Militär-

analyse, sondern weltweit – also Carl von Clausewitz. Wer von euch hat schon mal Clausewitz gelesen? Wenn es hochkommt, dann waren das ein Drittel. In den sogenannten Evaluierungen durch Studenten habe ich das immer zu spüren bekommen, denn einigen meiner Studenten ging es schrecklich auf den Keks, dass ich mit denen immer wieder Clausewitz gelesen habe. In den allgemeinen Bemerkungen zur Evaluierung stand dann: »Deutsche Offiziere sind immer noch die besten der Welt – auch wenn sie Clausewitz nicht kennen.« Die waren dann auch noch stolz, also die Arroganz der Ignoranz.

Da kann man sich doch nicht wundern. Da können doch auch die Politiker nicht besser sein, wenn es schon bei den Profis so mangelhaft ist. Ich weiß, in der Führungsakademie wird nachgearbeitet, aber meine Damen und Herren, da sehen Sie genau das, was wir vorhin immer wieder feststellten: Es ist ein allgemeines Phänomen, und die Politik



und die Medien können nicht besser sein als die Wissenschaft. Erst recht, wenn es in Deutschland praktisch kaum Wissenschaftler gibt, die sich wirklich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen. Und wenn Sie jetzt auch bedenken, dass die Bundeswehruniversität in München und auch in Hamburg immer wie die Katze um den heißen Brei herumschlich und keine Sicherheitsprofessur eingerichtet hat, dass sie nicht den Mut hatte, eine Sicherheitsprofessur einzurichten oder eine Professur für Militärgeschichte. Wie wollen Sie denn erwarten, dass dann Ihre Kollegen eine Ahnung haben?

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Man darf ja nicht vergessen, dass wir lange diskutiert haben, ob wir die Bundeswehr überhaupt noch brauchen.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Also kurzum, Ihre Frage ist völlig berechtigt und Frau Gerlach hat völlig recht.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Wichtige Ergänzung durch Sie. Ich verstehe es nicht als Widerspruch. So, jetzt habe ich Herrn Feist und Herrn Kraus.

**Fragesteller:** Wir sind hier in Dresden. Sie wissen alle, wie Dresden 1945 ausgesehen hat. Das war das Ergebnis davon, dass die Leute dort 1933 Adolf Hitler gewählt haben. Sie haben vorhin in Ihrer Rede erwähnt, dass die Leute im Gazastreifen 2006 die Hamas gewählt haben. Hat es nicht auch etwas damit zu tun?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Die Frage zu stellen, heißt die richtige Antwort zu geben.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** So, jetzt habe ich Herrn Feist, dann Herrn Kraus und dann haben Sie sofort das Wort.

**Dr. Thomas Feist:** Die Medien spielen schon eine riesengroße Rolle, wenn es

um eine Art Grundschwingung in der Gesellschaft geht. Und auch viele Diskussionen kommen daher. Und jetzt nach dem 7. Oktober habe ich natürlich auch viele Anfragen bekommen. Ich möchte mich nicht in den Chor der Medienkritiker einreihen, sondern ich versuche eher, Motivation bei Medienschaffenden durch Lob zu erreichen. Dass ich sage, ihr macht das schon richtig super, aber es könnte noch besser sein. Und wenn große Nachrichtensender Meldungen der Hamas-Gesundheitsbehörde als verlässliche Quellen benennen, dann muss man sagen, dann kann man auch das nordkoreanische Gesundheitsministerium über das Wohlbefinden der nordkoreanischen Bevölkerung befragen. Ich möchte aber, dass das besser wird. Wir sollten da auch auf die Länderanstalten zugehen.

Vor einer Woche hatten wir Bundesländer-Konferenz der Antisemitismusbeauftragten. Das ist die Konferenz der



Beauftragten der Länder mit dem Bundesbeauftragten Felix Klein. Und da habe ich angeregt, dass wir mal so eine Offerte machen sollten. Und das ist auch positiv beschieden worden. Wir schauen jetzt noch, wie wir das machen. Denn oft habe ich gemerkt, dass Kolleginnen und Kollegen von Ihnen sehr engagiert waren, sehr viel wissen wollten, aber null Ahnung hatten. Wo das Wort Palästinenser herkommt, wussten die nicht. Wie bestimmte Sachen auch tradiert werden, wussten sie nicht. Und unsere Gesellschaft lebt auch von Images. Sie haben das vorhin angesprochen. Und es gibt drei Images, die jeder kennt. Das ist Che Guevara, das ist Frank Zappa auf dem Klo und das ist der kleine palästinensische Junge vor einem israelischen Panzer. Das sind alles Bilder aus den 1960er-Jahren, und die wirken bis heute fort.

Und die haben dann auch was mit Empathie zu tun, was ich niemandem

verwehren will, der Mensch ist und Mensch bleiben will. Aber die Medien spielen eine sehr, sehr große Rolle und deswegen versuche ich, die Menschen, die in den Anstalten darüber berichten, noch zu qualifizieren. Denn die meisten kennen nur Antisemitismus ist gleich Rechtsextremismus. Die haben von den anderen Formen noch nie etwas gehört. Und wenn uns das gelingt, dann können wir vielleicht auch dazu beitragen, in unserer Diskussionskultur, in unserer Demokratie offener damit umzugehen. Aber ohne Wissen funktioniert eben alles nicht.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Absolut. Herr Kraus, bitte.

**Dr. Tomáš Kraus:** Mit den Medien, wenn ich das so sagen darf, ist das in Deutschland ganz gut, bei uns ist das sehr gut.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Was machen Sie anders?

**Dr. Tomáš Kraus:** Aber ich bekomme alle diese Nachrichten, also kann ich das schon sagen. Mit den Medien ist das schwierig, denn wir müssen unterscheiden: Wir, die das alles Jahrzehnte beobachtet haben, wissen, dass etwas existiert, was sich Pallywood nennt. Das ist das palästinische Hollywood. Wir wissen, dass manche von den Szenen arrangiert sind. Das ist bis heute so. Heute haben die es vielleicht sogar einfacher. Ich weiß nicht, ob Sie das gesehen haben, diese Fotografie von einem Kind in Gaza. Das Kind hatte sechs Finger. Warum? Weil das Foto von einer KI stammt, einer Künstlichen Intelligenz. Also man muss zwischen den Medien unterscheiden.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Das ist übrigens ein Riesenproblem, wenn ich das nur kurz einfließen lassen darf. Wir hatten gerade Korrespondententagung im Deutschlandfunk. Da gibt es jetzt extra eine Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, wie sichern wir uns



ab vor diesem Deep-Fake-Effekt im Netz. Und das gilt natürlich für die Bilder umso mehr. Die Manipulationsmöglichkeiten sind gewaltig. So, und jetzt darf ich den Chef des Landeskommandos ums Wort bitten.

**Fragesteller:**

Herr Professor Wolffsohn, da Sie mich so nett angeschaut haben, möchte ich mich kurz vorstellen. Oberst Michael Popielas, ich bin Kommandeur des Landeskommandos der Bundeswehr in Sachsen und hatte die Chance, einige Jahre meiner Laufbahn auch in Israel zu verbringen. Ich war Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft von 2015 bis 2018 und ich habe haMichlala l'Bitachon Leumi besuchen dürfen, das israelische National Defense College. Sie sprachen in Ihrer Argumentation und gerade auch in Ihrem Vortrag davon, dass die Erkenntnisse, von denen wir heute Abend gehört haben und über die wir gesprochen haben, ja alle nicht exklusiv oder neu sind. Und deshalb

haben Sie geschlossen mit dem Zitat oder mit der Erkenntnis, dass Sie skeptisch sind. Ich kann das nachvollziehen, aus vielerlei Gründen. Aber meine Frage ist: Wenn diese Erkenntnisse alle vorhanden waren, was hat uns gehindert und was hat Akteure, politische Akteure daran gehindert, diese Erkenntnisse auf die Wahrnehmungsschwelle zu bringen und diese Wahrnehmung auch öffentlich zu diskutieren? Und deshalb meine Frage in diesem Kontext: Was können wir alle tun, damit wir möglicherweise etwas weniger skeptisch in die Zukunft schauen müssen?

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Ich will Ihnen ein konkretes Beispiel nennen. Etwas zu wissen oder zu erkennen und zu benennen, das sind unterschiedliche Dinge, erst recht in der Politik. Das kann man auch verstehen. Denn wenn man in die Politik geht, es sei denn, man macht eine Sektiererpartei auf, möchte man regieren. Und dafür braucht man Mehrheiten und da muss

man auch schauen, wo kriegt man die Mehrheit her? Und machen wir uns nichts vor, die Sympathiebekundungen für Politiker zugunsten Israels sind vor diesem Hintergrund politisch Selbstmord.

**Dr. Thomas Feist:**

Nein.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:**

Aber natürlich.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Herr Feist widerspricht.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:** Sie können mir noch so viel widersprechen. Ich kenne die Umfragen seit 1981. Israel zählt seit über 40 Jahren in der Wahrnehmung der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu den unbeliebtesten Staaten weltweit. Erster Punkt. Zweiter Punkt: die Demographie. Ich sage das nicht polemisch, aber wie viele Divisionen hat der Pappst, wie viele Divisionen haben



Anhänger Israels und die Juden? Und wie viele Wählerstimmen hat der Anteil der ständig wachsenden muslimischen Bevölkerung, durch Migration und auch durch natürliche Vermehrung? Damit will ich nicht sagen, alle Muslime sind Judenhasser, geschweige denn Mörder. Das wäre falsch. Aber das sind die Faktoren, wo die Demographie in der Demokratie direkt auf die Entscheidungsträger in Parlament und Exekutive einwirkt.

Eine konkrete Auswirkung ist das Atomprogramm des Iran. Nun sind Sie Militär und ich glaube, dass wir, ohne dass wir uns bislang kennen, da wahrscheinlich die gleiche Analyse anstellen. Vor der iranischen Nuklearisierung hat der »furchtbare« Netanjahu, der israelische Ministerpräsident, seit 1998 gewarnt. Hohn ist über ihn geschüttet worden. Und dann kam federführend unter Obama, aber auch unter Merkel und Steinmeier, dieses Atomabkommen zustande. Manche sagen, das hat es

verzögert, vielleicht hat es tatsächlich entschleunigt. Aber es war keine strukturelle Abrüstung, was in den Abrüstungsverträgen noch zur Zeit des Kalten Krieges durchaus der Fall war – wechselseitige, kontrollierte Abrüstung. Aber das Atomabkommen hat praktisch das iranische Potenzial eingefroren und nicht weiter verhindert und schon gar nicht die intellektuelle, sprich wissenschaftliche Weiterentwicklung verhindert.

Das ist alles gewusst worden und das Ergebnis kennen wir. Ich kann es unter demokratischen Vorzeichen auch niemandem verübeln. Dann kommt aber die Frage nach echter politischer Führung, und die vermisse ich in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik. Konrad Adenauer hat den Westkurs der Bundesrepublik Deutschland wohlwissend gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Gesellschaft damals durchgeboxt, weil er erkannte, dass das der richtige Weg für Deutschland war.

1960 zog auch die SPD mit der berühmten Godesberger Rede von Herbert Wehner nach. Schauen Sie sich den Nachrüstungsbeschluss der Kohl-Regierung 1983/84 an, schauen Sie sich auch die Ostpolitik von Willy Brandt an. Das erwarte ich von Staatsmännern und -frauen in einer Demokratie, dass trotz der Mehrheiten eine Entscheidung getroffen wird, von der man weiß, dass sie richtig ist und bei der man weiß, dass diese langfristig richtige Entscheidung das kurzfristige politische Risiko birgt, abgewählt zu werden.

**Alexandra Gerlach (Moderation):** Ich habe jetzt noch Herrn Feist ganz kurz.

**Dr. Thomas Feist:** Ich möchte doch zur Ehrenrettung der Politik noch etwas beitragen, auch wenn ich nicht mehr politisch aktiv tätig bin. Aber wir haben zum Beispiel im Sächsischen Landtag eine Gruppe, die sich gegründet hat, einen Freundeskreis Israel. Das ist doch schon mal ein Anfang. Und es gibt



auch Politiker, und ich habe das immer für mich so gehalten, die auch mal Nein sagen, die auch mal unbequeme Wahrheiten aussprechen, zum Beispiel bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Da sind ja auch die Palästinenser vertreten, auch Israel hat Beobachterstatus, und da kommen dann immer die Themen Gaza und Hilfslieferungen. Und dann hat die Fraktion, der ich angehörte, gesagt: »Na ja, was soll man dazu sagen?« Ich meinte: »Klartext müssen wir reden.« Also, es geht schon. Und dann habe ich dort gesagt, das Problem für Gaza heißt Hamas und nicht Israel, und habe das auch mit Zahlen belegt. Oder dass man als Teil einer offiziellen Delegation, wenn man nach Israel fährt, dann noch die palästinensischen Gebiete besuchen muss. Nein, ich muss da nicht mit. Mir ist auch egal, wie das als Gruppe aussieht. Das ist eine Widerständigkeit, die man hier in der DDR gelernt hat. Die ist im Westen nicht unbedingt so ausgeprägt. Da wird Politik sehr naiv gemacht.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn:**

Ja, völlig richtig.

**Alexandra Gerlach (Moderation):**

Das war doch jetzt ein knackiges Schlusswort. Ich darf mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen hier auf dem Podium bedanken, auch für diese ehrlichen, für diese sehr offenen Worte, für die sehr persönlichen Schilderungen, für den Überblick, den Sie uns heute gegeben haben. Und danke fürs Mitdiskutieren.

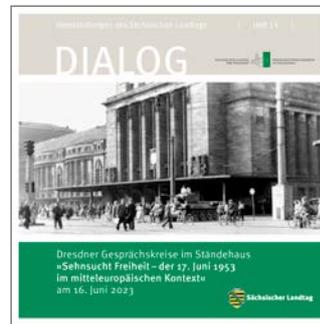






# Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind erschienen:



Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de), per E-Mail unter [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de) oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.



- Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011
- Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012
- Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal
- Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012
- Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013
- Heft 6: »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013
- Heft 7: »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?« am 26. Mai 2015
- Heft 8: Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« vom 28. bis 30. Oktober 2015
- Heft 9: »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« am 7. Juni 2016
- Heft 10: »Respektvoller Umgang im politischen Streit« am 31. Januar 2017
- Heft 11: »Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen« am 18. September 2018
- Heft 12: »Finanzstabilität in Europa« am 20. März 2019
- Heft 13: »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« am 8. Oktober 2020
- Heft 14: »Sehnsucht Freiheit – der 17. Juni 1953 im mitteleuropäischen Kontext« am 16. Juni 2023
- Heft 15: »Jüdisches Leben in Gefahr? Antisemitismus in Deutschland und Europa« am 15. November 2023

